



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes –
Rückblick, Bilanz und Erwartungen an eine Aktualisierung
Detlef Garbe
- 13 Nationales Gedenken in lokaler Hand? Gedenkstättenverwaltung in der DDR –
Buchenwald und die Stadt Weimar 1949 bis 1961
Bianka Trötschel-Daniels
- 26 »Berufsbild/Menschenbild – Ordnung und Sicherheit« –
Ein pädagogisches Vermittlungsprogramm für Polizeischülerinnen und Polizeischüler
am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim
Simone Loistl
- 34 Hinweise auf Projekt/Ausstellung »Frühe Lager«
Luise Lehnen und Nicola Wenige
- 38 Veranstaltungshinweise
- 43 Literaturhinweise
- 50 Erwiderung zum Artikel im GedenkstättenRundbrief 207:
»Historische Fakten statt Klischees ...« von Cornelia Frenkel-Le Chuiton
Christoph Kreuztmüller

Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes

RÜCKBLICK, BILANZ UND ERWARTUNGEN
AN EINE AKTUALISIERUNG

Detlef Garbe

Meinen Impulsvortrag¹ gliedere ich in drei Abschnitte, von denen die ersten beiden nur kurz ausfallen können. Diese beschäftigen sich mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Bundesgedenkstättenkonzepts und dem Versuch einer Bilanz der Erfahrungen mit diesem Förderungsinstrument. Der dritte Punkt gilt den Erwartungen an eine Novellierung des Konzepts, die sich aus den über 20-jährigen Erfahrungen und angesichts der aktuellen Problemlagen ergeben.

Die Anfänge sind allgemein bekannt. Die zunächst weitgehend von Überlebenden des NS-Regimes unter der Ägide der Besatzungsmächte initiierten Gedenkstätten hatten in den Nachkriegsjahrzehnten keine Lobby, viele in der frühen Nachkriegszeit errichteten Denkmale verfielen oder wurden sogar beseitigt. Auch in den 1980er-Jahren, als im Zuge des Generationenwechsels durch bürgerschaftliches Engagement vielerorts die Suche nach den vergessenen Lagern aufgenommen wurde und in immer mehr Orten mit Ausstellungen versehene Gedenkstätten entstanden, traf dies zum Teil noch auf starke gesellschaftliche und politische Widerstände. Den Durchbruch und politische Akzeptanz bis in die Mitte der Gesellschaft hinein fanden die Gedenkstätten aber erst in den 1990er-Jahren.

Bereits im Einigungsprozess stellte sich die Frage nach der weiteren Unterhaltung der in der DDR errichteten Mahn- und Gedenkstätten. 1993 erklärte sich die Bundesregierung zu einer übergangsweisen hälftigen Mitfinanzierung der Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen bereit. In diesen Jahren sprach sich die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur« für die Schaffung von Gedenkstätten aus, die an Verfolgung und Widerstand in der DDR erinnerten, erklärte es aber zugleich für ausgeschlossen, dass eine Konzeption sich allein auf Gedenkstätten für die Zeit nach 1945 beschränken dürfe. War zuvor vom Bund stets die Auffassung vertreten worden, dass die Förderung von Gedenkstätten ausschließlich in die Kulturhoheit der Länder fiele, setzte sich nun die Erkenntnis einer Verantwortung für Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung durch, wobei der Wert einer dezentralen Erinnerungskultur an Bedeutung gewann.

Auch wenn die Verantwortung des Bundes für die Hinterlassenschaften der einstigen nationalsozialistischen Terrorstätten erst durch den Umweg der Auseinandersetzung mit den Folgen des SED-Regimes erkannt und anerkannt wurde, schuf die Gedenkstättenkonzeption des Bundes für die an die Verbrechen des NS-Regimes erinnernden Gedenkstätten eine wesentliche Voraussetzung für deren Weiterentwicklung. Die 1999 vom Bundestag beschlossene Gedenkstättenkonzeption befand sich schon in ihrer Entstehungsgeschichte, über die Claudia Rudnick, Cornelia Siebeck und andere geforscht haben, aber nicht weniger in den letzten zwei Jahrzehnten in einem umkämpften geschichtspolitischen Spannungsfeld. Die Konzeption bekannte sich zur Singularität des Holocaust und berief sich hinsichtlich der deutschen Diktaturerfahrungen ausdrücklich auf die »Faulenbach-Formel«, wonach gelte, »dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der

SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf«. Keine vier Jahre nach ihrer Verabschiedung forderte die Unionsfraktion 2003 ihre grundlegende Revision, um die Gewichte zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der doppelten Diktaturgeschichte in Deutschland und des Gedenkens an die Opfer des SED-Regimes neu zu justieren. Die Fortschreibung der Konzeption 2008 zu Zeiten der großen Koalition unter der Regierung Merkel bekräftigte zunächst nachdrücklich die grundlegenden konzeptuellen Eckpunkte mit der Betonung der authentischen Orte, der Forderung nach Wissenschaftlichkeit und Bildungsorientierung, der Einbeziehung der Opferverbände und der Unabhängigkeit der Gedenkstätten. Auch wenn die Fortschreibung die Aufnahme der vier großen KZ-Gedenkstätten in den alten Ländern (Bergen-Belsen, Dachau, Flossenbürg und Neuengamme) in die institutionelle Förderung vorsah und die Möglichkeiten zur Projektförderung von Gedenkstätten stärkte, die sich in kommunaler oder privater Trägerschaft befanden, so ging sie gleichwohl von einer »Parallelisierung« der Förderung von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus und von Gedenkstätten für Opfer des DDR-Unrechts aus. Dass die verstärkte Förderung von Gedenkstätten, die an das DDR-Unrecht erinnern, nicht zulasten der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus gehen durfte, trug mit dazu bei, dass die entsprechenden Fördermittel ab dem Haushaltsjahr 2009 um 50 Prozent angehoben wurden. Erneut kamen der geschichtspolitische Streit und die Konfliktvermeidungsstrategie des Bundes de facto allen Gedenkstätten zugute.

Als dann aber der nach den Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag Ende 2013 abgeschlossene Koalitionsvertrag abermals die Gewichte verschob, fasste die »Jüdische Allgemeine« am 23. Januar 2014 ihren vom damaligen Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Habbo Knoch verfassten Leitartikel zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus unter die plakative Überschrift »Falsche Priorität. Das Holocaust-Gedenken läuft Gefahr, in die zweite Reihe der deutschen Geschichtspolitik zu geraten«. Die im Koalitionsvertrag genannten Schwerpunkte, nämlich die Stärkung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die nahezu ausschließliche Nennung von Entwicklungsvorhaben bei den Gedenkstätten zur Erinnerung an Stalinismus und SED-Diktatur und die Aufnahme des Jugendwerkhofs Torgau in die institutionelle Förderung des Bundes, seien Zeichen eines »geschichtspolitischen Paradigmenwechsels«.

Zumindest die Praxis bei den Projektförderungen, bei der sich die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) durch ein Expertengremium beraten lässt, bestätigten die Befürchtungen allerdings nicht.

Damit komme ich zum nächsten Punkt.

Die sich inzwischen über 22 Jahre erstreckenden Erfahrungen mit der Gedenkstättenkonzeption, so vielschichtig sie im Einzelnen auch sein mögen, bestätigen in toto deren große geschichtspolitische Bedeutung. Auch wenn der hohe Stellenwert, den die Erinnerungskultur für das Selbstverständnis der Bundesrepublik heute einnimmt, verschiedene Wurzeln und Gründe hat, so hat die durch die Gedenkstättenkonzeption stark belebte Entwicklung der Gedenkstätten einen großen Anteil daran. Sie trug wesentlich zur Professionalisierung und Institutionalisierung der Gedenkstätten bei. Sie sind heute nicht nur Orte der Trauer und des Gedenkens, sondern auch moderne Bildungseinrichtungen und – zumindest die größeren von ihnen – zeithistorische Museen, für die entsprechende wissenschaftliche Standards gelten.



Die über 400 Gedenk- und Dokumentationsstätten existieren heute in nahezu jeder deutschen Großstadt und fast in allen Regionen, wenngleich in unterschiedlicher Dichte und von recht unterschiedlicher Größe. Sie erreichen jährlich über fünf Millionen Besucherinnen und Besucher. Von ihnen gehen wesentliche Impulse für die historisch-politische Bildung und für das außerschulische Lernen aus, sie sind Veranstaltungs- und zuweilen auch Orte kulturellen Lebens. Viele von ihnen haben internationale Bedeutung, sie werden in der Presse des In- und Auslandes wahrgenommen.

Zur Förderpraxis des Bundes habe ich 2016 im GedenkstättenRundbrief Nr. 182 einen Aufsatz veröffentlicht, der eigentlich einer Fortschreibung bedarf. Schon damals ließ sich ein signifikanter Mittelzuwachs nachweisen, der allerdings in erster Linie bei den institutionellen Förderungen und bei den ein- und mehrjährigen Maßnahmen, aber gerade nicht bei den Projektförderungen nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes festzustellen war, für die der Mittelansatz in den letzten 10 Jahren schrittweise abgesenkt wurde.

Der aktuelle Bundeshaushalt weist für die institutionellen Förderungen bei den Gedenkstätten insgesamt 29 Millionen Euro aus, bei den Maßnahmen rund 10 Millionen Euro und für Projektförderungen nach dem Gedenkstättenkonzept etwas über 5 Millionen. Zum Vergleich: Bei der Stiftung Deutsches Historisches Museum (einschließlich Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung) lautet der Titelantrag 52 Millionen zzgl. 12 Millionen für Baumaßnahmen, für den »Internationalen Suchdienst Bad Arolsen« 16 Millionen und für die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 8 Millionen.

Meines Erachtens hat sich die Gedenkstättenkonzeption des Bundes in folgenden Punkten grundsätzlich bewährt:

- Die haushaltsrechtlich gebotene Forderung nach einer Komplementärfinanzierung führte auf Seiten der Länder zu einer Mobilisierung der für die Gedenkstättenarbeit bereitzustellenden Mittel.

Podiumsdiskussion
am 22.9.22, v.l.n.r.:
Dr. Britta Bopf,
Prof. Dr. Detlef Garbe,
Dr. Andrea Riedle,
Andreas Ehresmann.
Foto: Thomas Lutz/
Stiftung Topographie
des Terrors

- Die Einreichung von Anträgen ausschließlich über die in den Bundesländern für Kultur zuständigen Ministerien forderte von den Ländern über die Zusicherung der Gegenfinanzierung hinaus eine fachliche Vorprüfung und nahm sie bei Projekten, die für eine Förderung des Bundes nicht in Frage kamen, selbst stärker in die Pflicht.
- Der Katalog der Kriterien, die für Förderungen nach der Gedenkstättenkonzeption zu erbringen waren, setzte qualitative Standards, die der Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit zugutekamen. Dies gilt beispielsweise für das Kriterium, dass bei Projekten die Beteiligung von wiss. Beiräten und Opfernverbänden erwartet wurde.
- Auch die Prüfung der Projektanträge durch ein Expertengremium, dessen Zusammensetzung in der Fortschreibung von 2008 erläutert wurde, hat sich trotz mancher gremienspezifischen Stolperschwellen bewährt. Vorteilhaft war auch, dass die Betrachtung bzw. Bewertung von Förderanträgen zu den Bereichen Nationalsozialismus und SED-Diktatur durch ein gemeinsames Expertengremium in einem von beiden BKM-Referaten vorbereiteten Verfahren erfolgt, denn dadurch wurden für beide Bereiche gleiche Standards zugrunde gelegt.

Natürlich gibt es auch Punkte, an denen sich konzeptionelle Defizite offenbaren:

- Bei der auch kleinen bzw. mittelgroßen Gedenkstätten in kommunaler oder privater Trägerschaft prinzipiell offenstehenden Projektförderung zeigte sich eine Tendenz zur Stärkung der großen Gedenkstätten, die aufgrund ihrer inhaltlichen wie institutionellen Professionalisierung besser den Erfordernissen der Antragstellung, der technischen Realisierung und der finanziellen Abwicklung entsprechen konnten. Dies wurde durch die zunehmenden administrativen Anforderungen befördert, zum Beispiel durch Unterwerfung aller Projekte mit Baubestandteilen unter das Regelwerk der »Richtlinien für die Durchführung von Zuwendungsbaumaßnahmen« (RZBau).
- Das Erfordernis der für einen Unrechtskomplex exemplarischen Bedeutung eines historischen Ortes führte in der Antragstellung zu einer Überstrapazierung von »Alleinstellungsmerkmalen«.
- Auch im Verfahren selbst gab es intransparente Abläufe, etwa unterschiedliche Betrachtungen hinsichtlich der Erfordernisse der Komplementärfinanzierung. Dies betraf den Umgang mit Drittmitteln und die Frage, ob es sich bei der Gegenfinanzierung um eine durch das Sitzland oder aus dem Sitzland handeln muss.
- Nur in sehr wenigen Fällen kam es zur Förderung von Projekten, die länderübergreifend durchgeführt wurden. Sie ließen sich nur schwer realisieren, da die Abwicklung nur durch ein Bundesland federführend übernommen werden konnte.
- Ein zunehmend schwieriges Problem entstand durch die Bugwelle bereits bewilligter Projekte, bei denen verschobene Zeitpläne Mittel in der Finanzplanung von BKM binden.
- Da eine Evaluierung realisierter Projekte nicht im Verfahren implementiert ist, konnten für weitere Entscheidungen entsprechende Erkenntnisse nicht oder nur unzureichend zugrunde gelegt werden.

Diskussionswürdig sind auch Förderentscheidungen für Gedenkstättenprojekte außerhalb des regulären Verfahrens im Rahmen des Bundesgedenkstättenkonzepts. Dies betraf nicht nur Großprojekte, bei denen Förderentscheidungen durch den Bundestag bzw. in den sogenannten Bereinigungssitzungen des Haushaltsausschusses getroffen wurden, sondern auch Projekte, gegen deren Förderung sich das BKM-Expertengremium aus fachlicher Sicht ausgesprochen hatte.

Ich komme nun im dritten Teil meines Impulsreferats zur anstehenden Novellierung der Gedenkstättenkonzeption. In der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten, dem Expertengremium und bei BKM war lange Zeit fraglich, ob eine Neufassung der Konzeption anzustreben sei, da es Befürchtungen gab, dass eine Überarbeitung auch zu einem nachteiligeren Ergebnis führen konnte – das Forum der Landesarbeitsgemeinschaften sah dies anders. Nun ist mit dem Koalitionsvertrag der neuen Regierungspartner vom Dezember 2021 eine politische Entscheidung getroffen. Der Koalitionsvertrag sieht eine Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption ebenso vor wie die auskömmliche Finanzierung der Gedenkstättenarbeit, die Verstärkung des Förderprogramms »Jugend erinnert« und eine Stärkung lokaler Initiativen.

Inzwischen sind hierzu von vielen Seiten zahlreiche Überlegungen erfolgt. So hat es bereits im Januar ein Gespräch des Gedenkstättenverbandes mit BKM gegeben und im Mai ein weiteres Gespräch der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten mit BKM. Im März befasste sich das Expertengremium im Rahmen einer Klausurtagung mit der Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, haben auch Gespräche der BKM mit der SED-Opferbeauftragten und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden stattgefunden. Und sicherlich noch viele Gespräche mit weiteren Stakeholdern. Inzwischen, so scheint mir, prägen andere Themen die Agenda. Fragen, die sich infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stellten, wobei die Bildung der BKM-Taskforce Ukraine auch den Gedenkstättenbereich betreffen.

Auch von vielen der hier Anwesenden sind Positionspapiere erarbeitet worden, oft gleich mehrere. Das letzte mir vorliegende Papier ist die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland »Sicherung, Professionalisierung und Vernetzung der Gedenkstättenarbeit« vom Juli 2022. Etliche der folgenden Gedanken sind diesem Papier entnommen.

Der Krieg in der Ukraine, der die in den letzten Jahrzehnten gewachsene europäische Friedensordnung fundamental infrage stellt, vom Bundeskanzler unter dem Begriff »Zeitenwende« gefasst, zeigt auch seine Auswirkungen auf die Gedenkstättenarbeit. Die Frage einer »auskömmlichen Finanzierung« der Gedenkstättenarbeit hat eine bei Abfassung des Koalitionsvertrags noch ungeahnte Bedeutung angenommen. Aufgrund der derzeitigen Kostensteigerungen (Personal-, Energie und Unterhaltungskosten) können die Gedenkstätten ihren bildungspolitischen Auftrag nur noch unzureichend erfüllen. Kaum, dass die Gruppenzahlen und die Nachfrage nach Bildungsprogrammen fast wieder auf dem Vor-Corona-Niveau angekommen sind, müssen jetzt in vielen Gedenkstätten aufgrund fehlender Ressourcen Absagen erfolgen. Dabei stehen auch hier wie in anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen die großen Belastungen noch bevor.

Die Abmilderung dieser sich aus der aktuellen Krise ergebenden finanziellen Belastungen gehört eigentlich nicht in eine Konzeption, die mittel- und langfristige Perspektiven skizzieren und entsprechende Verfahrensschritte fixieren möchte. Diese aktuelle Gefährdung darf aber auch nicht unausgesprochen bleiben, zeigt sie doch wie begrenzt die Möglichkeiten für gravierende Veränderungen zumindest in der nahen Zukunft tatsächlich sein werden.

Die aktuelle politische Situation, in der sich die bundesdeutsche Gesellschaft und Wirtschaft in einer bislang unbekanntenen Krisenlage befindet – mit starken sozialen Verwerfungen, vielleicht sogar globalen Gefährdungen der Demokratien – stellt auch

die Gedenkstätten vor große Herausforderungen. Im Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten heißt es dazu: »Nicht nur der russische Angriff auf die Ukraine bedeutet eine geschichtspolitische ›Zeitenwende‹. Autokratische und antiliberale Tendenzen zeigen sich überall auf der Welt, extrem rechte Parteien sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch; die Verbreitung von Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus und systematischer Desinformation vor allem im Internet hat sich während der Corona-Pandemie noch einmal verstärkt.«

Die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten, in der sich große, in mittelbarer Landsträgerschaft befindliche und institutionell vom Bund mitgetragene Einrichtungen organisieren, führten die sich inzwischen immer deutlicher zeigenden finanziellen Schwierigkeiten aber auch auf eine sich schon zuvor stärker abzeichnende strukturelle Unterfinanzierung der Haushalte zurück. Projektförderungen aus verschiedenen öffentlich finanzierten Programmen wie Drittmittelprojekte mit der Folge vieler befristeter Beschäftigungsverhältnisse täuschen über die tatsächlichen Schwierigkeiten hinweg. Konstatiert wird zudem ein erheblicher Sanierungsstau im baulichen und digitalen Bereich, ferner stehen Erneuerungen der teilweise mehr als 20 Jahre alten Dauerausstellungen in einer Reihe der großen KZ-Gedenkstätten an, für die momentan die finanziellen Voraussetzungen fehlen. Dies verweist auch auf ein haushaltstechnisches Problem der institutionellen Förderungen. Da die Zuwendungen durch den Bund auf dem Wege der Fehlbedarfsfinanzierung ausgesprochen werden, ist es den Zuwendungsempfängern nicht erlaubt, Rücklagen zum Beispiel für größere Projekte oder Bauunterhaltungsbedarf zu bilden. Dadurch waren und sind kostenintensive Vorhaben wie die Erneuerung von Dauerausstellungen auf das Mittel der Projektförderungen auf Grundlage der Gedenkstättenkonzeption des Bundes verwiesen, so dass der Mittelbedarf für die großen »Tanker« das Fördervolumen für die kleineren »Schiffe« begrenzte.

Beklagt wird eine zunehmende Unwucht in der Bundes- und Länderfinanzierung im Bereich der Erinnerungskultur: »Während in den institutionell von der BKM geförderten Gedenkstätten selbst um Kleinstbeträge gestritten werden muss und viele Vorhaben gestreckt oder sogar gestrichen werden müssen, wurden etliche Großprojekte mit Volumina von teils über 100 Mio. Euro auf den Weg gebracht.« Die vom Deutschen Historischen Museum jüngst vorgelegten Vorschläge für die im Oktober 2020 vom Bundestag beschlossene Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft beziffern die geschätzten Investitionen für einen Bau mit 15 000 Quadratmeter Fläche auf 134 Millionen Euro. Und auch die Kosten allein für in das Förderprogramm des Bundes aufgenommenen Sanierungsmaßnahmen im Bereich des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg dürften die 100 Millionen Euro überschreiten.

Die Fokussierung auf Zentralinstitutionen steht zweifellos in einem Spannungsverhältnis zu den geschaffenen Strukturen der bisherigen bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft, deren Dezentralität stets als vorbildlich herausgestellt wird.

Vor diesem Hintergrund werden an die Neufassung der Gedenkstättenkonzeption zahlreiche Erwartungen gestellt, die ich hier nur in Kurzform auflisten kann.

- Förderung von Projekten, die das zivilgesellschaftliche, kommunale und regionale Engagement stärken. Als zusätzliche Gesichtspunkte bei der Förderung sollten die regionale Verteilung und innovative Modelle berücksichtigt werden.

- Um der in der Projektförderung eingebetteten Gefahr zu begegnen, dass nach einer vom Bund geförderten Anschubfinanzierung nach Projektabschluss der Schub auf Seiten des Landes oder der kommunalen Träger schwindet, sollten zur Sicherung der Nachhaltigkeit über die Forderung nach Übernahme der Betriebskosten und hauptamtlich abgesicherter Betreuung hinaus noch weitere Anforderungen implementiert werden, zum Beispiel in mehrjährigen Abständen die Abgabe von Berichten über die weitere Entwicklung der geförderten Projekte. Zugleich sollte es auch Möglichkeiten für eine weitere punktuelle Beteiligung durch den Bund geben, etwa in Form von Optionen für Nachfolgeprojekte oder die Ermöglichung mehrstufiger Realisierungen, sofern die Komplementärfinanzierung aus dem jeweiligen Sitzland gewährleistet ist.
- Auch wenn in der Gedenkstättenkonzeption der Bezug auf historische Orte, die in besonderer Weise von den Verbrechen und dem Herrschaftsvollzug im Nationalsozialismus zeugen, unbedingt beizubehalten ist, sollten Förderwege auch für nicht ortsbezogene und Bundesländer übergreifende Projekte geschaffen werden.
- Kernpunkt muss der Umgang mit dem Erbe der NS-Verbrechen und des DDR-Unrechts bleiben, auch um historischer Entkonkretisierungen und beinahe beliebigen Universalisierungen keinen Vorschub zu leisten. Dem widerspricht nicht die erwünschte Diversifizierung des Gedenkens, der Verweis auf andere Menschenrechtsverletzungen und Genozidverbrechen in Geschichte und Gegenwart und das Verständnis von Gedenkstätten als Lernorte für die Demokratie. Diese Orientierungen sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der Gedenkstättenarbeit ebenso wie Formate internationaler und intergenerationaler Begegnungen sowie diversitätsorientierte, inklusive und möglichst barrierefreie Angebote.
- Die Vielzahl der in den letzten Jahren verstärkt diskutierten weiteren erinnerungskulturellen Themen wie die im Koalitionsvertrag hervorgehobene Notwendigkeit zur Aufarbeitung kolonialer Kontexte oder das Gedenken an die Opfer des Rechtsterrorismus weisen zweifellos Verbindungen und Bezüge zur Gedenkstättenarbeit aus. Auch diesen Verflechtungen widmen sich viele Gedenkstätten in ihren Bildungsprogrammen. Denn der Holocaust verliert nichts »von seinem Schrecken, wenn er in den Kontext einer europäischen und globalen Geschichte der Gewalt gestellt wird«, so Michael Wildt in seiner Abschiedsvorlesung vom 17. Februar 2022 über die Singularität des Holocaust.
- Auch wenn deshalb denkbar ist, andere erinnerungskulturelle Themen im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption mit darzustellen, bedürfen sie, wie beim »Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratieggeschichte« geschehen, einer getrennten Umsetzung auf Grundlage eigener Förderlinien.
- Auch wenn die Gedenkstätten durch Ausstellungen, Publikationen, Seminare usw. vielfach bestätigt haben, dass sie zur Erforschung der Herrschaftssysteme des NS-Regime und der DDR wichtige Beiträge leisten, gilt es ihre diesbezüglichen Kompetenzen weiter zu stärken. Zumal durch die – auch der Antragslogik bei Drittmittelprojekten entsprechende – anwendungsbezogenen Forschungsformate die Grundlagenforschung ins Hintertreffen geraten ist und zu bestimmten Aspekten auch nur selten durch die Universitäten geleistet werden kann. Gemeinsame Forschungsprojekte wären sehr hilfreich, die einrichtungsübergreifend sind, sich auf mehrere Bundesländer beziehen sowie auch ausländische Gedenkstätten einbeziehen können. Hier sei beispielsweise darauf verwiesen, dass sowohl eine gemeinsame Erfassung und Auswertung aller Transportbewegungen innerhalb der Lagersysteme fehlt wie auch ein lagerübergrei-

fendes Kalendarium. Auch die Datenbanken zu Häftlingen, zu Verfolgern und Nutznießern weisen bis heute erhebliche Lücken auf. Hier könnte auch den »Arolsen Archives« eine koordinierende Rolle zukommen. Der Tunnelblick auf den jeweils einzelnen Ort verhindert Synergien.

Im Unterschied zu den Gedenkstätten zum DDR-Unrecht, die Mittel zu Forschungsprojekten bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beantragen können, gibt es eine solche Förderlinie für die NS-Gedenkstätten nicht. Da auch im Koalitionsvertrag festgehalten ist, dass Forschung in Gedenkstätten gefördert werden soll, gilt es hier, neue Wege zu ermöglichen. Hierzu bieten sich verstärkt Tandemprojekte mit Universitäten und Forschungseinrichtungen an, auch um dadurch bislang den Gedenkstätten verschlossene wissenschaftsübliche Antragswege – Stichwort DFG – zu erschließen. Für solche Kooperationen bedürfen die Gedenkstätten Ressourcen, die seitens der Universitäten als auch als Beitrag erwünscht bzw. gefordert sind. Auch Forschungsstipendien für den Aufenthalt von Forschenden können eine sinnvolle Ergänzung sein. Für größere Gedenkstätten bieten sich auch unmittelbare personelle Verzahnungen mit Universitäten an, wie dies beispielsweise bei den Gedenkstättenleitungen von Buchenwald, Flossenbürg und Sachsenhausen schon der Fall ist.

■ Stärker als es bisher vereinzelt über den Weg von Pilotprojekten etwa im Bereich von Digitalisierungsstrategien oder bei inklusiven Formaten schon angestrebt wurde, sollten Vorhaben gefördert werden, die über den ortsbezogenen Nutzen hinaus auch einen Mehrwert für andere Gedenkstätten erzeugen. Nicht zuletzt, weil viele Fragen von allgemeiner Bedeutung sind, etwa die Sicherung von Erfahrungswissen und private Sammlungen von ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren, welche oftmals die Entstehung von Gedenkstätten geprägt haben.

■ Das in der letzten Legislaturperiode in Ergänzung zu den beiden in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes bewährten Wegen der anteiligen institutionellen Förderung der Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung sowie den ebenfalls von Bund und Ländern zu gleichen Anteilen getragenen Projektförderungen eingerichtete Programm »Jugend erinnert« soll – so die Formulierung im Koalitionsvertrag – »verstetigt und modernisiert« werden. Die Eckpunkte dieses Modells, das auf das Erfordernis einer komplementären Kofinanzierung verzichtet und die Zusammenarbeit von Gedenkstätten mit anderen Trägern in der Entwicklung neuer Formate der Bildungsarbeit fördert, haben sich bewährt. Über die Begleitung und Vernetzung im Förderprogramm »Jugend erinnert« ist im GedenkstättenRundbrief Nr. 207 ein Bericht von Florian Kimmelmeier erschienen. Im Nucleus der Projekte stehe demnach die Frage, wie in der dezentral verfassten Gedenkstättenlandschaft über kurze Impulse hinaus die intendierte zukunftsorientierte Wirkung auch tatsächlich zu erzielen sei. Die Praxisberichte klingen vielversprechend ebenso wie Kimmelmeiers Fazit: »Es geht um's Licht, nicht um die Leuchttürme.«

Auch wenn die Verstetigung dieses als Projekt aufgesetzten Programms die BKM vor haushaltsrechtliche Probleme stellen dürfte, insbesondere wenn die vorgeschlagene Verlängerung der Förderungszeiträume umgesetzt werden sollte, ist die Fortführung von »Jugend erinnert« ausgesprochen wünschenswert. Denn die positiven Erfahrungen kommen in hohem Maße kleineren und mittelgroßen Gedenkstätten zugute, die bislang keine Förderung aus Mitteln der BKM erhalten haben. Bei der Neufassung des Programms ist auch zu prüfen, ob eine direkte Angliederung bei BKM zweckmäßig ist

oder die Abwicklung nicht besser ausgegliedert werden sollte. Dafür bietet sich ein entsprechend ertüchtigtes Gedenkstättenreferat an, das zugleich Hilfestellungen bei Antragstellungen, eine inhaltliche Begleitung gewährleisten und die Gedenkstätten als Projektträger ertüchtigen könnte, auf kommunaler und regionaler Ebene Mittel einzuwerben.

■ Die zentrale Bedeutung des Gedenkstättenreferats für die Vernetzung der Gedenk- und Lernorte ist unstrittig. Sie dokumentiert sich in der Organisation des Informationsaustausches durch Seminare, durch den inzwischen in über 200 Ausgaben als Fachorgan erschienenen GedenkstättenRundbrief, durch das GedenkstättenForum und durch die Beratung einer großen Zahl von Arbeitsgemeinschaften (Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten, Verband der Gedenkstätten in Deutschland, AG Gedenkstättenpädagogik, Arbeitsgruppen der Gedenkstätten an Orten früher Lager, im Bereich der Justizhaftanstalten, der Euthanasieverbrechen und der Fach-Arbeitskreise Archive und Bibliotheken, Datenbanken und Forschung, Pädagogik, ferner der Landesarbeitsgemeinschaften). Diese umfassenden Koordinationsfunktionen legitimieren das Gedenkstättenreferat auch als Vertretung der bundesdeutschen Gedenkstättenarbeit in internationalen Zusammenhängen wie der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und dem International Committee of Memorial Museums in Remembrance of the Victims of Public Crimes (IC Memo)/International Council of Museums (ICOM).

Schon seit längerem wird auf unterschiedlichen Ebenen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden altersbedingten Ausscheiden von Thomas Lutz überlegt, wie sein immenses Erfahrungswissen gesichert und die Arbeit des Gedenkstättenreferats fortgeführt werden kann. Hierzu gibt es erste Verabredungen, die in den nächsten Monaten der weiteren Ausgestaltung bedürfen.

■ Ein personell aufgestocktes Gedenkstättenreferat könnte noch stärker als bisher auch Maßnahmen im Bereich der Fortbildung und Qualifizierung von Mitarbeiter:innen der Gedenkstätten initiieren. Hierbei ist auch an die Entwicklung von Nachwuchsprogrammen, zum Beispiel im Rahmen der Volontariatsausbildung und internationalen Austauschprogrammen zu denken. In einigen der vorliegenden Konzeptpapiere ist dieser Aufgabenbereich unter dem etwas missverständlichen Begriff einer Gedenkstättenakademie gefasst worden. Hierbei ist aber nicht an eine zusätzliche ortsgebundene Akademie gedacht, wie es etwa bei der Akademie für kulturelle Weiterbildung in Wolfenbüttel der Fall ist. Die Idee zielt vielmehr auf unterschiedliche Kooperationsformate und den Aufbau eines kontinuierlichen digitalen Netzwerks.

■ Zu überlegen ist, ob neben Berichten der Projektträger zur Nachhaltigkeit von Projekten auch externe Evaluationen und Elemente der seit langem geforderten Besucherforschung in der Gedenkstättenkonzeption implementiert werden sollten. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob die regelmäßige, zum Beispiel zweijährliche Vorlage eines Berichts zum Stand der Gedenkstättenförderung durch BKM einer stärkeren Wahrnehmung im politischen Raum, insbesondere im Bundestag, dienlich ist oder ob eine solche Maßnahme letztlich nur Ressourcen bindet, die anderweitig besser eingesetzt werden können.

Mit Bedacht habe ich die Frage nach organisatorischen Neustrukturierungen ans Ende meiner Ausführungen gerückt. Von verschiedenen Akteuren, so dem Gedenkstättenverband und der Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten ist die Schaffung einer auf

einer breiten Trägerschaft gegründeten »Bundesstiftung Erinnern an die NS-Verbrechen, an ihre Opfer und Folgen« vorgeschlagen worden. Zum einen sollte durch die Äquivalenz zur Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur und damit die Möglichkeit zur Ausreichung von Fördermitteln das bestehende Ungleichgewicht ausgeglichen werden. Zum zweiten sollten die Stiftungsgremien eine maßgebliche Mitwirkung von Vertretungen der Gedenkstätten an den inhaltlichen Entscheidungen gewährleisten. Und zum dritten sollten dadurch Möglichkeiten für Zustiftungen und für Mitwirkungen weiterer Förderinstitutionen bzw. privater Stiftungen eröffnet werden, sich an einer Bundesstiftung zu beteiligen und innerhalb des Stiftungsprofils auch eigene Programmlinien beisteuern zu können. Es dürfte bekannt sein, dass sich zumindest eine Stiftung an der Förderung des Gedenkstättenreferats zunächst interessiert zeigte.

Unabhängig davon, dass es einer juristischen Prüfung bedarf, ob und wie eine »institutionelle« Einbindung privater Dritter in eine Bundesstiftung möglich ist, liegt das Primat für die in den letzten Jahrzehnten als staatliche Aufgabe erkannte Gedenkstättenförderung bei der Legislative, beim Bundestag. Da im politischen Raum aber derzeit keine Neigung erkennbar ist, sich dem administrativen Kraftakt der Etablierung einer weiteren Bundesstiftung zu unterziehen, und weitergehende Vorstellungen wie eine von Bund und Ländern gleichermaßen getragene Gedenkstättenstiftung gänzlich aussichtslos erscheinen, sollte man sich auf das Denk- und Machbare konzentrieren. Und auch hier wird es schwer genug werden und eines langen Atems bedürfen, ehe eine aktualisierte Gedenkstättenkonzeption unter den genannten derzeitigen politischen Rahmenbedingungen Früchte tragen können.

Prof. Dr. Detlef Garbe war bis 30. Juni 2022 Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte. Er ist Mitglied im Expertengremium Gedenkstättenförderung bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

1 Der Artikel ist die etwas längere Version des Impulsvortrags während der 10. Bundesweite Gedenkstättenkonferenz im Kreismuseum Wewelsburg, gehalten am 22. 9. 2022.

Nationales Gedenken in lokaler Hand?

GEDENKSTÄTTENVERWALTUNG IN DER DDR –
BUCHENWALD UND DIE STADT WEIMAR 1949 BIS 1961

Bianka Trötschel-Daniels

Wer verwaltete die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten in der DDR?

In der DDR gab es ab 1961 drei Nationale Mahn- und Gedenkstätten. Auf den Geländen der vormals nationalsozialistischen Konzentrationslager, teils auch in den ehemaligen Lagergebäuden untergebracht, waren innerhalb von drei Jahren am 14. September 1958 (Buchenwald), 12. September 1959 (Ravensbrück) und 23. April 1961 (Sachsenhausen) drei zentrale Gedenkorte zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sowie insbesondere an den sogenannten Antifaschistischen Widerstandskampf eingeweiht worden.¹ Am 28. Juli 1961 wurden diese ehemaligen Konzentrationslager per »Anordnung über das Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« jeweils in den Rang einer »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte« (NMG) erhoben. Sie standen damit im System der Gedenkstätten heraus. Das Statut bildete die Rechtsgrundlage für die Einordnung der NMG in die Verwaltungsorganisation der DDR.² Gemäß § 1 Abs. 3 des Statuts hatten die NMG »eng mit den örtlichen staatlichen Organen« zusammenzuarbeiten. Darunter waren alle Volksvertretungen sowie der jeweils zugehörige vollziehende Rat ab Bezirksebene zu verstehen. Diese Organe bildeten gemeinsam mit der Volkskammer das System der verwaltungsorganisatorischen Ordnung in der DDR.³

Wie die Zusammenarbeit zwischen der jeweiligen NMG und den örtlichen Organen funktionierte, wurde bislang allerdings kaum erforscht. Dabei konnten Studien zur Zusammenarbeit zwischen örtlichen Verwaltungen der jeweiligen Städte und den ansässigen Konzentrationslagern für die Zeit des Nationalsozialismus herausarbeiten, dass jene (der in diesem Beitrag verhandelten Forschungsfrage zeitlich vorgelagerte) Zusammenarbeit durchaus eng war.⁴

Ab 1961 waren die NMG dem Ministerium für Kultur (MfK) unterstellt. Dies erscheint naheliegend, wenn man die Bezeichnung als »nationale« Gedenkstätte derart interpretiert, dass die Gedenkstätten also von einer besonderen Bedeutung des Ortes von überregionaler – wenn nicht sogar internationaler – Bedeutung zeugten.⁵ Diese Zuweisung war jedoch keineswegs zwangsläufig und hatte sich in den Jahren vor 1961 oft verändert. Die Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar wurde als erste eingeweiht und hat für die Frage nach der Verwaltungszuordnung für die anderen beiden Präzedenzcharakter.⁶

Der vorliegende Beitrag zeigt Schwierigkeiten bei Verwaltungszuweisungen und Kompetenzen anhand dreier Zeitpunkte um 1949/1950, 1954/55 und 1958/59, in denen im weiteren Sinne verwaltungsorganisatorische Fragen der Gedenkstättenpraxis verhandelt wurden. Sie betrafen neben Fragen der Zuständigkeit auch finanzielle Aspekte. Der gewählte Betrachtungszeitraum von 1949 bis 1961 rahmt die frühesten Bemühungen um die Einrichtung einer Gedenkstätte bis zur Verabschiedung des Statutes und zur Auflösung eines wichtigen Gremiums, des Kuratoriums für den Aufbau nationaler Gedenkstätten.

Diesem Beitrag liegen vorrangig die Archivbestände des Ministeriums für Kultur zugrunde, sowie einige ausgewählte Archivalien aus dem Buchenwald-Archiv.⁷ Dort

liegen noch zahlreiche Akten, die im Hinblick auf die Verwaltungszusammenarbeit ausgewertet werden könnten. Für eine ganzheitliche Perspektive auf die Verwaltungszusammenarbeit und -praxis zwischen den jeweiligen Gedenkstätten und den Standortkommunen müssten jedenfalls die Akten des Rates der Städte und Kreise sowie des Rates des Bezirkes ebenso einbezogen werden.⁸

1949/1950: »Weit über das Land hinaus von internationaler Bedeutung« – Buchenwald als landespolitische Materie

Im frühen Zugriff auf die baulichen Überreste des Konzentrationslagers Buchenwald war vor allem das zivilgesellschaftliche Engagement ehemaliger Häftlinge treibende Kraft. Im April 1945 waren die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald befreit worden. Schon wenige Wochen später, bereits im Juli 1945, forderten einige ehemalige Häftlinge, das Lager »als Mahnmal« zu erhalten.⁹ Für viele von ihnen sollten die baulichen Anlagen als Orte des Andenkens erhalten bleiben. Bald schon stand das Gelände des ehemaligen KZ allerdings nicht mehr als Ort für das Gedenken zur Verfügung, denn in den Baracken und Gebäuden wurde ein Sowjetisches Speziallager untergebracht. Erst ab 16. Januar 1950 wurde dieses sogenannte »Speziallager Nr. 2« geräumt und am 2. April 1950 aufgelöst. Offiziell übergeben wurde das Gelände erst am 21. Dezember 1951 an das Thüringer Innenministerium.¹⁰ Die ersten Jahrestage der Befreiung des Lagers, zu denen sich hunderte Menschen versammelten, fanden daher im Stadtgebiet der Stadt Weimar statt. Die in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Verantwortlichen der Stadt Weimar propagierte Trennung zwischen beiden Orten, die auch der Entlastung der Weimarer Bevölkerung diene, die von den nationalsozialistischen Verbrechen im Lager nichts gewusst habe könne, wurde in diesen Jahren nach Kriegsende und der Befreiung des Lagers damit auch räumlich aufgehoben. Zudem war bereits eine Spannung zwischen der Lokalität der faktischen Bewältigung und ihrer nationalen sowie politisch-ideologischen Bedeutung spürbar.¹¹

Der erste Befreiungstag des KZ wurde 1946 in der Weimarahalle gefeiert. Das Denkmal von Walter Gropius (1883–1969), das den Märzgefallenen des Aufstandes von 1919 gewidmet war und sich auf dem Weimarer Zentralfriedhof befand, wurde kurzerhand zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus umgewidmet.

Ein weiteres Jahr später, zum 11. April 1947, wurde auf dem Goethe-Platz in Weimar ein Denkmal aufgestellt. Es wurde entworfen von Hermann Henselmann und zeigt ein auf einer Spitze aufgestelltes, rotes Dreieck, das gen Himmel breiter wurde und den Schriftzug »BUCHENWALD« auf seinen drei Seiten trug.¹² (Abb. 1)

Im selben Monat bildete die just ins Leben gerufene »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) ein Buchenwald-Komitee, dessen Vorsitz der kommunistische Widerstandskämpfer und marxistisch-leninistische Historiker Walter Bartel (1904–1992) übernahm. Damit wurde das Gedenken erstmalig institutionalisiert. In den folgenden Jahren bis zur Auflösung der VVN 1953 in der DDR kam ihr eine tragende Rolle bei der Entwicklung der Gedenkstätte Buchenwald zu.¹³ So schrieb Walter Ulbricht (1893–1973) an Bartel am 22. April 1949 in einer SED-Hausmitteilung, dass der 1901 eingeweihte Bismarck-Turm vor den Toren des Konzentrationslagers auf dem Ettersberg nun gesprengt würde. Es sei, so Ulbricht, »notwendig, daß die VVN einen Beschluß faßt und uns eine Vorlage vorbereitet über den Bau eines Denkmals für die Opfer des Faschismus an der Stelle des Turms«. Rund um den Turm waren Gräber angelegt, in denen vor



1 Buchenwald-Befreiungstag. Feierlichkeiten 1947 in der Innenstadt von Weimar.
Foto: Erich Dumm, Bildatendank des Bundesarchivs



2 Glockenturm und Figurengruppe von Fritz Cremer 1958.
Foto: Bilddatenbank des Bundesarchivs

allem Häftlinge, die noch nach der Befreiung des Lagers verstarben, begraben worden waren. Auch war der Turm noch zum dritten Jahrestag der Befreiung 1948 als Ort für die Gedenkfeier ausgewählt worden.¹⁴

Nach der Sprengung des Turms besichtigte der Innenminister des Landes Thüringen im Juni 1949 das Gelände und verdeutlichte damit die landespolitische Dimension des Ortes. Die Gestaltung des Gedenkortes Buchenwald beschäftigte zu diesem Zeitpunkt auch den Thüringer Landtag.¹⁵ In einem Beschluss der Regierung wurde der Finanz- und Haushaltsausschuss gebeten, einen Betrag von 100 000 DM¹⁶ aus der Landesreserve bereitzustellen als »erste Rate zur Erstellung eines Ehrenhains auf dem Ettersberg für die Opfer des Faschismus«. Außerdem teilte die Regierung mit, eine »Arbeitskommission« einzurichten, die die Pläne zur Errichtung des Ehrenhaines ausführen solle. Der Landtagspräsident August Frölich (1877–1966) übernahm einen Sitz in dieser Kommission. Frölich, vormaliger Ministerpräsident des Landes Thüringens von 1921 bis 1924, besichtigte Buchenwald im Juli 1949 und sprach sich gegenüber

dem amtierenden Ministerpräsidenten Werner Eggerath (1900–1977) dafür aus, das Gelände rund um den Ettersberg unter Naturschutz zu stellen. So wurde die »Verordnung zur Sicherstellung des ›Großen Ettersberges« auf der Grundlage des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 erlassen. Dieses Vorgehen sollte sicherstellen, dass »ungeklärte Besitzfragen und private Besitzansprüche« der Einrichtung des Ehrenhains nicht entgegenstanden.¹⁷ Die Ausführung der Arbeiten und die Koordination waren zu diesem Zeitpunkt in den Händen der Thüringer Regierung, finanziert wurde die Anlage jedoch auch von der Staatsführung der DDR.

Im Februar 1950 wies die Regierung der DDR 1,5 Millionen DM für die Anlage eines Ehrenhains an den Minister für Volksbildung des Landes Thüringen weiter. Die Oberbauleitung lag ab dann beim Thüringer Ministerium für Versorgung, geführt von Willy Hüttenrauch (1909–1996), und der dortigen Abteilung Bauwesen.¹⁸

Doch die Verantwortlichen auf Thüringer Landesebene maßten dem Gedenkort Buchenwald eine zentralere Bedeutung bei, die sich ihrer Ansicht nach auch in der Verwaltungsorganisation widerspiegeln sollte. Eggerath hatte sich deshalb Ende des Jahres 1949 an Ministerpräsident Otto Grotewohl (1894–1964) gewandt: Das Land Thüringen werde zwar weitere 120 000 DM zur Gestaltung des Ehrenhains und der »Errichtung eines großen Mahnmales« zur Verfügung stellen, nachdem bereits 100 000 DM für vorbereitende Arbeiten bereitgestellt worden waren. Für die weitere finanzielle Unterstützung des VNN sollte jedoch geklärt werden, ob Buchenwald besser zentral unterstellt würde. Die Regierung in Thüringen war der Ansicht, »dass es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die weit über den Rahmen des Landes Thüringen hinaus von internationaler Bedeutung ist und daß diese Frage daher auch von den höchsten Organen der Deutschen Demokratischen Republik zu behandeln und zu entscheiden ist.«¹⁹

Buchenwald gehöre, so Eggerath, in die Zuständigkeit des Präsidenten Pieck, der Regierung unter Grotewohl und damit auch »in den Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik.«²⁰ Er forderte damit bereits 1949, was erst zehn Jahre später umgesetzt wurde, als die Gedenkstätte Buchenwald eine eigene, dann dem Ministerium für Kultur, zugeordnete Haushaltsorganisation wurde.²¹

Das Land Thüringen wurde im Rahmen der Verwaltungsneuorganisation im Jahr 1952 aufgelöst. Die Aufgaben wurden größtenteils von den neugegründeten Bezirken übernommen. Die Verwaltung der Gedenkstätte Buchenwald wurde allerdings nicht auf den zuständigen Bezirk Erfurt übertragen.

1953/1954/1955: Rat der Stadt: Vom »Mitverwalter« zum »Investträger«

Im Oktober 1953 befasste sich Eduard Ullmann (geb. 1921) mit dem aktuellen Stand des Aufbaus der Gedenkstätten, da die museale Ausgestaltung der Gedenkstätte vom im Vorjahr gegründeten Museum für Deutsche Geschichte übernommen worden war.²² Der stellvertretende Direktor des Museums schilderte, dass das Gelände in Buchenwald einen insgesamt verwahrlosten Eindruck erwecke, obwohl es bereits eine »gute Ausstellung im Kantinegebäude« gab und auch das Krematorium gepflegt wurde.²³

Ullmann stellte darüber hinaus fest, dass das Objekt »keine eigentliche Verwaltung« habe, sondern vielmehr vom »Rat der Stadt mitverwaltet« werde.²⁴

Dieser Zustand sollte verändert werden. Das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED fasste am 2. Dezember 1953 einen Beschluss zur Gestaltung der Gedenkstätte Buchenwald.²⁵ Der bis dato ausgearbeitete Plan zur »äußeren Gestaltung der Gedenk-

stätte« sollte zurückgestellt und »entsprechend der politischen Bedeutung der Gedenkstätte« vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten neu ausgearbeitet werden.

Agethen bringt diesen ab 1953 stärker forcierten Auf- und Ausbau der Gedenkstätte mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in Verbindung, bei dem Millionen Menschen in Ost-Berlin und der weiteren DDR die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Staat anprangerten und ihre Unzufriedenheit mit dem System in Demonstrationen zum Ausdruck brachten. Dieser Aufstand habe, so Agethen, »das Bedürfnis der SED nach Selbstlegitimation verstärkt« herausgefordert und sie »entschloss [...] sich [daher] zum planmäßigen Aufbau der Gedenkstätte«. ²⁶ Allerdings könnten die Pläne auch mit den Feierlichkeiten anlässlich des 10. Todestages von Ernst Thälmann (1886–1944) zusammenhängen. Thälmann war einer der führenden Kommunisten und bereits 1933 von Nationalsozialisten verhaftet worden. Zwar war er jahrelang an verschiedenen Orten in Haft, er wurde aber zuletzt zum Konzentrationslager Buchenwald verbracht und dort im August 1944 hingerichtet. Sein zehnter Todestag war Anlass zahlreicher Gedenkfeiern in der DDR, so auch in Buchenwald. ²⁷

Am 14. Januar 1954 beschloss das Präsidium des Ministerrates auf der Grundlage des ZK-Beschlusses, dass die »nationale Gedenkstätte Buchenwald« errichtet und als »zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus« aufgebaut werden soll. Das Ministerium der Finanzen wurde beauftragt, bis 1956 insgesamt 10 Millionen DM für den Aufbau zur Verfügung zu stellen. ²⁸ Diesen Beschluss des Ministerrates hob der erste Sekretär des ZK der SED und stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Walter Ulbricht (1893–1973), durch einen »Vorschlag« im November desselben Jahres wieder auf. Die notwendigen Finanzmittel in Höhe von 10 Millionen DM seien ausschließlich »durch Sammlungen aufzubringen.« ²⁹ Grotewohl stimmte am 24. Januar 1955 Ulbrichts Vorschlag zu, die Mittel für den Aufbau der Gedenkstätten durch Spenden aus der Bevölkerung zu finanzieren und wohl auch gleichzeitig der Gründung eines Kuratoriums, dessen vornehmliche Aufgabe es war, Spenden zu sammeln. ³⁰

Der Staat als zentraler Spendensammler – Kuratorium 1955–1961

Grotewohl wurde Vorsitzender des »Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück«, das sich am 1. April 1955 im Steinsaal des Nationalrates der Nationalen Front konstituierte. Das Kuratorium war dem Haushalt der Nationalen Front zugeordnet. ³¹ Anwesend waren Regierungsvertreter, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen sowie weitere Repräsentanten des öffentlichen Lebens, insgesamt bestand das Kuratorium aus 109 Mitgliedern. Olsen charakterisiert die Gründung als »the final step in the state's takeover of the Buchenwald memorial project«. ³² Nichtsdestotrotz ist die Rolle der Opferverbände beim Aufbau der Gedenkstätte nicht zu unterschätzen. Sie gaben den frühen Impuls zum Erhalt und zur Pflege der baulichen Anlagen als Gedenkstätten, übernahmen frühe Führungen und regten die Sammlung von Artefakten für die Ausstellung an.



3 Spendengutschein »Baustein für die Errichtung von Gedenkstätten auf dem Gelände der ehem. faschistischen Konzentrationslager in der Deutschen Demokratischen Republik«, 1955
Abbildung: Mahnung Gedenkstätte Ravensbrück

4 Ringgrabanlage
Buchenwald 1957.
Foto: Bilddatenbank
des Bundesarchives



Mit der Bildung des Kuratoriums wurde der Aufbau nunmehr offiziell systematisch vollzogen und institutionell angebunden. Trotz alledem war es Grotewohl ein Anliegen, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Gedenkstätte herauszustellen. Der »Aufbau nationaler Gedenkstätten [könne] nicht allein Angelegenheit behördlicher Maßnahmen sein. Ebenso wie die Initiative zum Aufbau der Gedenkstätten ein Werk der Bevölkerung selbst ist, müsse die Ausführung der Pläne die Sache breiter Kreise der Bevölkerung sein.«³³

Ernst Saemerow: Maler und Sammler

Sekretär des Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück wurde Ernst Saemerow. Über Saemerow ist bislang kaum etwas bekannt. Einen Eintrag in einschlägigen Lexika hat er nicht. Eine Auskunft des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes förderte einige biografische Eckpunkte zu Tage:³⁴ Saemerow wurde am 22. September 1906 in Berlin geboren und wohnte bis in die 1940er-Jahre hinein dort³⁵. 1920 begann er eine Ausbildung zum Maler und arbeitete fortan als solcher.

Am 1. Februar 1942 wurde Saemerow zum Kriegsdienst eingezogen, ab 1. April 1943 war er Gefreiter, ab 1. September 1944 Obergefreiter. Im Mai 1945 wurde er in ein Kriegsgefangenenlager nach Libau, heutiges Liepāja (Lettland), verbracht und war anschließend an unterschiedlichen Gewahrsamsorten im heutigen Litauen, Belarus und der Russischen Föderation untergebracht. 1947 unterzeichnete Saemerow einen schriftlichen Gruß an den 2. Parteitag der SED als Vertreter der Lagerbelegschaft des sowjetischen Kriegsgefangenenlager 7294.³⁶ Am 27. Dezember 1947 wurde in das Heimkehrerlager Gronenfeld bei Frankfurt/Oder verbracht. Er übernahm rasch nach seiner Heimkehr Funktionen im neugegründeten VVN, neben Georg Spielmann (1908–1985), in der Organisationsabteilung des VVN und war später auch Mitglied des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW).³⁷ 1955 trat er den Sekretärsposten im Kuratorium an. Dort kümmerte er sich mit »Einfallsreichtum und Energie« um Möglichkeiten, Spenden zu akquirieren. Die symbolischen »Bausteine« (Abb. 3), die von der Bevölkerung für den Aufbau der nationalen Gedenkstätten erworben werden konnten,



5 Einweihung der
Mahnmalanlage am
14. 9. 1958.
Foto: Ernst Schäfer,
Sammlung Gedenk-
stätte Buchenwald

waren seine »Erfindung«³⁸. Saemerow koordinierte die Spendenaufrufe und regte an, weitere Vertriebsmittel wie Broschüren, Postkarten oder Plaketten, Bildmappen oder Abzeichen herauszugeben.³⁹

Schon bis Ende des Jahres 1955 gingen dem Kuratorium aus dem Erlös und sonstigen Zuwendungen 6,2 Millionen DM zu. 1960 berichtete die Zeitung »Neue Zeit« unter Berufung auf Äußerungen Saemerows von 26,8 Millionen DM, die von der Bevölkerung aufgebracht worden waren. 8,4 Millionen DM davon kamen allein aus dem Verkauf von »Bausteinen«. Insgesamt sammelte das Kuratorium bis zu seiner Auflösung Ende des Jahres 1961 30 Millionen DM.⁴⁰ 1971 wurde Saemerow der Vaterländische Verdienstordens in Bronze verliehen, was wohl auch im Zusammenhang mit seinen Leistungen im Kuratorium stand. Saemerow verstarb am 22. April 1974 im Alter von 67 Jahren und wurde auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Lichtenberg (Friedrichsfelde) beigesetzt.⁴¹

1954/1955: »... die Gedenkstätte organisatorisch klar einzugliedern«,

Der organisatorische Aufbau der Gedenkstätte vollzog sich im Laufe des Jahres 1954 parallel zur bis dato komplizierten Finanzierungs- und Verwaltungslage der Gedenkstätte. Die äußere, architektonische Gestaltung der Gedenkstätte wurde aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 14. Januar 1954 am 1. Februar 1954 an ein selbstständiges Architektenkollektiv, das sogenannte »Buchenwald-Kollektiv«, übergeben.⁴² Es war beim Ministerium für Kultur angesiedelt. Das Kollektiv löste sich am 15. November 1955 wieder auf, nachdem die Planungen für Buchenwald und Ravensbrück abgeschlossen waren.⁴³

Währenddessen erarbeitete das Deutsche Museum die Ausstellung, für die mit Hilfe des KdAW Gegenstände, Dokumente und andere Realien zusammengetragen wurden.⁴⁴

Die Gedenkstätte wurde 1954 also sowohl vom Ministerium für Kultur (als Nachfolgerin der Staatlichen Kunstkommission) als auch vom Museum für Deutsche Geschichte Berlin verwaltet. Ziel war jedoch, diese »Doppelunterstellung« aufzulösen und die Gedenkstätte an die Stadt Weimar zu übergeben. Der Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Hans Wiedemann (1888–1959), wurde im Juni 1954 über diese Pläne lediglich informiert. Die Haushaltsmittel für die Gedenkstätte für das Jahr 1955 sollten durch den

Rat der Stadt eingeplant werden, für das Jahr 1954 konnten die erforderlichen Mittel noch durch einen Sonderfinanzausgleich zur Verfügung gestellt werden.

Ullmann trieb noch Ende des Jahres 1954 sein Anliegen voran. Er schrieb an Albrecht von der Hauptabteilung Bildende Kunst des MfK, dass der Aufbau der Gedenkstätte Buchenwald »im Wesentlichen« abgeschlossen sei. Die Gedenkstätte müsse nunmehr »organisatorisch klar ein[ge]gliedert« werden, was bedeute, das Museum von seinen bisherigen Verpflichtungen zu entbinden.⁴⁵

Am 22. Dezember 1954 erfolgte schließlich die Übergabe »des Personals, der Finanzen, des Haushalts und der Verwaltung der Gedenkstätte Buchenwald an den Rat der Stadt Weimar.«⁴⁶ Sie entfaltete zum 1. Januar 1955 ihre Wirkung: die Gedenkstätte war nun dem Rat der Stadt Weimar unterstellt.⁴⁷ Der Rat der Stadt Weimar war im Folgenden als »Investträger« für den Aufbau des Ehrenhains Buchenwald verantwortlich, »Planträger« war das Ministerium für Kultur. Die »Aufbauleitung Ehrenhain Buchenwald« für die Gedenkstätte wurde beim Rat der Stadt Weimar, Abteilung Aufbau, angesiedelt. Dafür wurde zunächst Alois Mattheus bis Januar 1956 neu beim Rat der Stadt Weimar eingestellt, mit Wirkung zum 2. Januar 1956 übernahm Kurt Schaffner diese Aufgabe. Er erhielt dafür eine Vergütung von 900 DM.⁴⁸ Weitere Arbeitskräfte, insbesondere in den niedrigen Gehaltsgruppen, für den ständigen Betrieb der Gedenkstätte zu finden, erwies sich indes als schwierig.⁴⁹ Die sieben Kilometer außerhalb von Weimar auf dem Berg gelegene Gedenkstätte war schlecht zu erreichen, die Verkehrsinfrastruktur nicht gut ausgebaut. Die Arbeiterinnen und Arbeiter mussten zu Fuß kommen oder lange Anfahrtswege in Kauf nehmen. Erst als auf dem Ettersberg Wohnungen für die Bediensteten eingerichtet wurden, später auch eine Kinderbetreuungseinrichtung für die dort Arbeitenden hinzukam, verbesserte sich die Lage etwas.⁵⁰

1958/1959: »Buchenwald ist eine neue Etappe«

»Warum hat der Rat der Stadt noch nichts wegen der Übernahme der Gedenkstätte unternommen?«

Die Mahnmalsanlage zur Gedenkstätte Buchenwald, bestehend aus einem weithin sichtbaren Turm (der an der Stelle des 1949 gesprengten Bismarck-Turmes errichtet wurde), einer vom Künstler Fritz Cremer (1906–1993) gestalteten Figurengruppe sowie einer Ringgrabanlage, wurde schließlich am 14. September 1958 unter größter Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht. (Abb. 2, 4, 5)

Wenige Tage nach der Einweihungsfeier wandte sich der Aufbauleiter Kurt Schaffner an Karl Siering vom Ministerium für Kultur und merkte an, dass immer noch keine »formalen Übergabeverhandlungen mit dem Rat der Stadt« stattgefunden hatten. Verantwortungen und Zuständigkeiten seien nicht klar geregelt. Es müsse eine Person festgelegt werden, die die »gesamten Interessen [der Gedenkstätte] wahrnimmt«, sowie eine »gewisse Arbeitsordnung« hergestellt werden.⁵¹ Zunächst gingen die Verantwortlichen davon aus, dass die Verwaltung der Gedenkstätte in den Händen der Stadt Weimar verbleiben soll. Für das Jahr 1958 sei es auch möglich, die Stadt bei der Finanzierung zu unterstützen. Spätestens jedoch ab 1. Januar 1959 sollten die Mittel »auf alle Fälle«, so die Meinung im Ministerium für Kultur, im Haushalt des Rates der Stadt Weimar bereitgestellt werden.⁵² Im Rat der Stadt Weimar zögerten die Verantwortlichen jedoch, sich der Gedenkstätte vollumfänglich anzunehmen. Die enorme finanzielle Belastung spielte dabei eine entscheidende Rolle. Für den Betrieb der Gedenkstätte standen 299

TDM Ausgaben 1,3 TDM Einnahmen gegenüber.⁵³ Hinzu kamen strukturelle Herausforderungen, die sich in den vorangegangenen Jahren gezeigt hatten und nach der Einweihung nochmals verstärkten. In den zwölf Wochen nach der Einweihung reisten bis Ende November 1958 weitere 250 000 Menschen nach Buchenwald.⁵⁴ Die anreisenden Gäste konnten mit der bestehenden Verkehrsinfrastruktur nicht auf den Ettersberg gebracht werden, die gastronomischen Plätze in der Stadt reichten nicht aus, um die Gäste zu versorgen, die Kapazitäten etwa der Toilettenanlagen auf dem Ettersberg waren dem Besucherstrom von im Durchschnitt bis zu 20 000 Personen (pro Monat; in der Spitze bis zu 70 000 im Sommer des darauffolgenden Jahres 1959 pro Monat) nicht gewachsen. Dabei war das Mahnmahl aus »Solidaritätsmitteln« errichtet worden. Daher mussten, nach Ansicht der Verantwortlichen im Bezirk Erfurt, auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass es für jedermann zugänglich war, Buchenwald sollte »das Ziel aller patriotischen Kräfte Deutschlands« werden. »Buchenwald ist eine neue Etappe – unter diesem Gesichtspunkt muss alles gesehen werden«, so der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Erfurt Willy Gebhardt.⁵⁵

Am 15. Oktober 1958 wurde die Frage nach der Zuständigkeit im Rathaus Weimar erneut diskutiert. Gebhardt (Rat des Bezirkes) und Siering (MfK) wiesen den Rat der Stadt Weimar nachdrücklich darauf hin, aktiv zu werden. Siering wunderte sich, »warum der Rat der Stadt noch nichts wegen der Übernahme der Gedenkstätte unternommen habe. Der Rat müsse sich sofort verantwortlich fühlen.« Das MfK sei lediglich noch für die endgültige Aufstellung der Plastikgruppe Fritz Cremers und für die Beseitigung der Schäden, die während der Einweihungsfeier entstanden waren, verantwortlich.⁵⁶ Die Stadt Weimar jedoch konnte und wollte sich der Aufgabe scheinbar schlicht nicht stellen. Aus einer »Gedenkschrift über die weitere Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald«, die der Rat der Stadt Weimar im Nachgang zur Sitzung vom 15. Oktober 1958 anfertigte, sprachen die Bemühungen, Weimar von Buchenwald zu separieren. So wurde immer wieder auf die schon räumliche Trennung der beiden Orte hingewiesen: »vor den Toren der Stadt Weimar«, »Buchenwald in unmittelbarer Nähe«. Die Bedeutung des Ortes Buchenwald wurde heroisiert und damit die Notwendigkeit begründet, dass sich das Ministerium für Kultur des Ortes annehmen sollte. Nach einigen Vorschlägen, wie die Situation infrastrukturell verbessert werden könnte (bessere Busverbindungen, Verpflegung mit »Imbißcharakter« in der Gedenkstätte, Herstellung von Postkarten und Broschüren), versäumte der Rat der Stadt es allerdings nicht darauf hinzuweisen, dass sich die »Besucher Weimars« von Stadt und Gedenkstätte einen »Gesamteindruck« verschaffen würden, bei dem der Zustand der Innenstadt Weimars sinnbildlich für den friedlichen Wiederaufbau in der DDR stehe. Die Restaurierung des Zentrums der Stadt solle daher nicht länger aufgeschoben werden, vielmehr solle Weimar doch in den Kreis jener Städte aufgenommen werden, die innerhalb des Fünfjahresplanes wiederaufgebaut werden sollten. Die Stadt Weimar wollte also durchaus von den Besucherinnen und Besuchern profitieren, die Buchenwald anzog, die Verantwortung für den Ort sollte allerdings zentral geschultert werden: »Buchenwald ist zur zentralen Gedenkstätte des internationalen antifaschistischen Widerstandskampfes in der DDR geworden. Um bei der Verwirklichung der Pläne an diesem zentralen Objekt die nötige Hilfe und Anleitung geben zu können, wird vorgeschlagen, den gesamten Komplex dem Ministerium für Kultur zu unterstellen, wobei die nationale Gedenkstätte ein Schwerpunkt der politischen Arbeit für den Bezirk Erfurt und die Stadt Weimar bleibt.«⁵⁷

»Die Nationale Gedenkstätte Buchenwald wird dem Ministerium für Kultur direkt unterstellt«

Nur zwei Wochen nachdem die Weimarer Gedenkschrift im Ministerium für Kultur eingegangen war, fiel dort die Entscheidung: »Die Nationale Gedenkstätte Buchenwald wird dem Ministerium für Kultur direkt unterstellt [...]«. Als Begründung wurde allerdings nicht der Hilferuf der Stadt Weimar angegeben, sondern auf die Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf »eine ständige Anleitung und echte ideologische Bedeutung« verwiesen.⁵⁸

Dem Rat der Stadt Weimar verblieben nach der Übertragung auf das Ministerium für Kultur noch der Ausbau eines Kasernengebäudes für Wohnzwecke im Rahmen des örtlichen Wohnungsbauprogrammes 1959, die Bereitstellung der Mittel für die Erstaussstattung des Touristenhotels sowie der Massenverpflegungsstätte und schließlich die im Perspektivplan vorgesehenen Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse auf dem Ettersberg.⁵⁹ Die Mittel dafür wurden vom Rat des Bezirkes Erfurt zur Verfügung gestellt, der das Geld aus dem Rücklagenfonds entnahm.⁶⁰ Der Rat des Bezirkes nahm auch andere koordinierende Aufgaben wahr. So verteilte er beispielsweise die Baumaterialien weiter, die ihm wiederum vom Ministerium für Aufbau zugewiesen wurden.⁶¹ Die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald wurde mit Wirkung vom 1. April 1959 eine eigene Haushaltsorganisation und dem Ministerium für Kultur unterstellt.⁶² Damit war die allgemeine staatliche juristische Person, die jährliche Mittel aus dem Staatshaushalt zugewiesen bekam. Etwaige Einkünfte mussten an den Staat zurückgeführt werden.

Fazit und Ausblick

In den 1950er Jahren gab es Spannungen zwischen lokaler Verantwortung für die Gedenkstätte Buchenwald und der mit diesem Orten verknüpften, nationalen Bedeutung der Erinnerung. Es wurde deutlich, dass, was national bedeutsam sein soll, auch zentral verwaltet werden muss. Der Aufbau der NMG wurde primär vom zivilgesellschaftlichen Engagement ehemaliger Häftlinge sowie weitere antifaschistischer Gruppen vorangetrieben. Voraussetzung für den Aufbau war weiterhin die überwältigende Spendenbereitschaft der Bevölkerung, ohne die die Finanzierung nicht hätte sichergestellt werden können. Die museale Ausgestaltung und auch Führungen in den Gedenkstätten fanden dort schon statt, als es noch kein schlüssiges Konzept für die Gedenkstätten in der DDR gab.

Obwohl in der Frühphase das Land Thüringen für den Aufbau der Gedenkstätte verantwortlich zeichnete, ging die Verantwortung nach der Verwaltungsreform nicht etwa auf den Bezirk Erfurt über, sondern wurde der Stadt Weimar angetragen. Bis 1959 feststand, dass das Ministerium für Kultur die Hoheit über die NMG übernehmen wird, versuchte die Stadt Weimar die Verwaltungsorganisation für die Gedenkstätte Buchenwald zu stemmen, scheiterte aber an dieser mächtigen Aufgabe. Der Vorschlag, dass das Ministerium für Kultur die Verwaltungsorganisation übernehmen solle, kam von den Verantwortlichen in der Stadt Weimar. Die Verantwortlichen im Ministerium für Kultur rechtfertigten die Übernahme durch das Ministerium zuletzt mit den vorgeblich besseren Möglichkeiten ideologischer Einflussnahme auf die Gedenkstätte, vielmehr standen aber die Bedeutung des Ortes und die faktischen Möglichkeiten einer Stadt wie Weimar einem Ort wie Buchenwald gerecht zu werden, hinter den Überlegungen der verwaltungspraktischen Zuordnung.

Wie die Mahn- und Gedenkstätten der DDR in das Netz lokaler Verwaltung eingebunden waren, ist bislang ein Desiderat. Dieser Beitrag kann daher einen ersten Überblick zum Themenkomplex Verwaltungs- und Gedenkstättenpraxis in der DDR liefern, sowie Hinweise darauf, dass das Thema durchaus einen vertiefteren Blick lohnt.

Dr. Bianka Trötschel-Daniels, hat Jura und Geschichte studiert. In ihrer Dissertation hat sie sich dem Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975 gewidmet. Das Buch ist 2022 bei Ch. Links erschienen.

- 1 Morsch, Günter (Hrsg.): Von der Erinnerung zum Monument: die Entstehungsgeschichte der nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 8, Berlin 1996; Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Lanwerd, Susanne (Hrsg.): Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945–1995. Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 11, Berlin 1999; Knigge, Volkhard: Versteinertes Gedenken. Das Buchenwalder Mahnmal von 1958, Bd. 1: »Opfer, Tat, Aufstieg«. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR, Spröda 1997. Die Daten der Einweihung korrespondieren bei Buchenwald und Ravensbrück mit dem zweiten Sonntag im September, der als früherer Feiertag für die Opfer des Faschismus bereits 1945 zum ersten Mal begangen wurde (Coppi, Hans/Warmbold, Nicole: Der zweite Sonntag im September. Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus. Zur Geschichte des OoF-Tages, Berlin 2011). Der 23. April knüpft an die Befreiung des KZ Sachsenhausen am 21. April 1945 an, www.sachsenhausen-sbg.de/geschichte/1936-1945-konzentrationslager-sachsenhausen/. Zugriffen: 22. Oktober 2022.
- 2 Trötschel-Daniels, Bianka: Gedenkstätten in der DDR: Rechtsquellen und Verwaltungspraxis, in: Davydov, Dimitrij (Hrsg.): Erinnerungskultur in der Verwaltungspraxis, Schriftenreihe: Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung, Springer VS, Wiesbaden 2023 i.E.
- 3 §§ 2, 4 Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 18. 1. 1957, GBl. I, S. 65. Territorialebene Bezirk: Bezirkstag/Rat des Bezirkes; Stadtkreis: Stadtverordnetenversammlung/Rat der Stadt; Landkreis: Kreistag/Rat des Kreises; Stadtbezirk: Stadtbezirksversammlung/Rat des Stadtbezirkes; Stadt: Stadtverordnetenversammlung/Rat der Stadt; Gemeinde: Gemeindevertretung/Rat der Gemeinde. Mampel, Siegfried: § 43. Das System der örtlichen Volksvertretungen in der DDR, in: Günter Püttner (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 2. Aufl. Berlin, Heidelberg 1982, S. 515–532 (516).
- 4 Schley, Jens: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937–1945, Köln 1999, S. 38–70 weist Verbindungen zu verschiedenen Bereichen der Weimarer Verwaltung nach, etwa im Bereich des Friedhofswesens, Standesamts, Krankenhauses oder zu den Thüringer Fleischwerken (S. 55) und zum Schillerhaus (S. 56); Er geht (S. 132) geht sogar so weit zu sagen, dass »Weimar und Buchenwald [...] nicht zwei Nachbarn unterschiedlicher Zugehörigkeit und Bedeutung [waren], sie waren beide wesentliche Funktionsorte für die Durchsetzung des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruches über die gesamte Gesellschaft.« Bonneœur, Frédéric: Im guten Einvernehmen. Die Stadt Oranienburg und die Konzentrationslager Oranienburg und Sachsenhausen 1933–1945, Berlin 2018; Horwitz, Gordon J.: In the Shadow of Death. Living Outside the Gates of Mauthausen, London, New York 1991; Steinbacher, Sybille: Dachau. Die Stadt und das Konzentrationslager in der NS-Zeit. Die Untersuchung einer Nachbarschaft, Frankfurt/Main 1994.
- 5 Köpp, Ulrike: Zur nationalen Ausprägung antifaschistischen Gedenkens in der DDR. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung 19 (1996), S. 435–449 (437) meint, dass »national« im Sinne einer Abgrenzung zu »international« und damit als »nationale Inbesitznahme« zu verstehen sei.
- 6 BArch DR 1/7535, Vermerk des Ministeriums der Finanzen, 3. 12. 1959: »Auf Grund des Beschlusses der Leitung des Ministeriums für Kultur vom 14. 2. 1959 ist die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück – wie auch bereits die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald – entsprechend ihrer Aufgabenstellung und internationalen Bedeutung dem Ministerium für Kultur als zentrale Haushaltseinrichtung zu unterstellen.«
- 7 Bundesarchiv (BArch) DR 1 (Ministerium für Kultur), Berlin-Lichterfelde; Buchenwald-Archiv (BWA), Weimar.
- 8 Für den Fall Buchenwald/Weimar wären dies die Bestände des Stadtarchivs Weimar, Rat der Stadt 1945–1990 1181; Landesarchiv Thüringen, Hauptstaatsarchiv Weimar.
- 9 Agethen, Manfred: Gedenkstätten und antifaschistische Erinnerungskultur in der DDR, in: Manfred Agethen/Eckard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002, S. 128–144 (129).

- 10 Schley, 1999, S. 130; Klei, Alexandra: Der erinnerte Ort. Geschichte durch Architektur. Zur baulichen und gestalterischen Repräsentation der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bielefeld 2011, S. 146.
- 11 Olsen, Jon Berndt: Tailoring Truth: Politicizing the Past and Negotiating Memory in East Germany 1945–1990, New York, Oxford 2017, S. 55, 58. Knigge, 1997, S. 25 Fn. 64; Schley, 1999, S. 107.
- 12 Olsen, 2017, S. 58
- 13 Reuter, Elke/Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VN von 1946–1953: die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997; März, Jascha: VN, ZDWV und AvS. Die Verbände der politischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Philipp Neumann-Thein/Daniel Schuch/Markus Wegewitz (Hrsg.): Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen 2022, S. 39–77; März, Jascha: Zwischen Politik und Interessenvertretung. Die Verbände der politischen Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1947 bis 1990, Köln 2016.
- 14 Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995, S. 261; Knigge, 1997, S. 24, 26.
- 15 Stenographischer Bericht über die 59. Sitzung, Weimar, 30. Juni 1949, S. 1630, https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00197523/509000342_1482b.tif. Zugegriffen: 22. Oktober 2022.
- 16 Von 1948 bis Mitte 1964 hieß die Währung in der DDR »Deutsche Mark« und wurde mit »DM« abgekürzt.
- 17 Overesch, 1995, S. 265 f.; Knigge, 1997, S. 27, Fn. 71.
- 18 Overesch, 1995, S. 271; Börnert, Gisela/LiBner, Bernhard/Wahl, Volker: Behördenstruktur und Verwaltungsaufbau, in: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.): Thüringen 1920–1995: Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung, Berlin, Heidelberg 1999, S. 286–295: Das Thüringer Ministerium für Versorgung wurde ab 24. Februar 1950 als »Ministerium für Handel und Versorgung« fortgeführt. Die Hauptabteilung Bauwesen war vom 15. Juli 1949 bis 25. November 1950 dem Ministerium für Wirtschaft zugeordnet, ab 1. Juli 1950 unter der Bezeichnung »Hauptabteilung Aufbau«. Ab 25. November 1950 wurde sie als Geschäftsabteilung (Hauptabteilung Aufbau) dem Ministerium für Industrie und Aufbau, ab 2. Mai 1951 wieder dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit zugeordnet, bevor sie zum 25. Juli 1952 aufgelöst wurde.
- 19 BArch NY 4090/551, Ministerpräsident des Landes Thüringens Eggerath, an den Ministerpräsidenten der DDR Grotewohl, 14. 12. 1949, Blatt 1 und Blatt 2.
- 20 Overesch, 1995, S. 269 f.
- 21 BArch DR 1/7519, Reisebericht Miethes, MfK, Betrifft: Übernahme der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, 16. 3. 1959.
- 22 BArch DR 1/7520, Blatt 88–91, Bericht über die Gedenkstätten KZ Buchenwald, KZ Oranienburg–Sachsenhausen, KZ Ravensbrück, angefertigt von Eduard Ullmann, stellvertretender Direktor des Museums für deutsche Geschichte, Berlin, 29. 10. 1953; Ebenfeld, Stefan: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin, Marburg 2001, insbes. S. 64, 82, 98.
- 23 Diese frühen Ausstellungen in Buchenwald wurden anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers systematisch überarbeitet und am 12. 4. 1985 auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 24. August 1983 als »Museum des antifaschistischen Widerstandskampfes« eröffnet, BArch DR 1/7181, Blatt 336.
- 24 BArch DR 1/7520, Blatt 88–91, 29. 10. 1953.
- 25 BArch DY 30/56 083, Protokoll Nr. 18/53, Sitzung am 2. Dezember 1953.
- 26 Agethen, 2002, S. 131.
- 27 ADN/Eig. Ber. 1954. Das deutsche Volk wird das Werk Ernst Thälmanns vollenden. Neues Deutschland, 19. 8. 1954, S. 1.
- 28 BArch DC 20–I/4/52, Blatt 218, Vorlage für die Gestaltung des Ehrenhains Buchenwald, unterzeichnet von Otto Grotewohl, 13. 1. 1954.
- 29 BArch DC 20/3905, Blatt 7, Ulbricht an Grotewohl, 22. 11. 1954.
- 30 Köpp, 1996, S. 436.
- 31 BArch NY/4090/550, Blatt 13, Protokoll über die Besprechung des Arbeitsausschusses des Kuratoriums für die Schaffung nationaler Gedenkstätten am 4. April 1955, 6. 4. 1955.
- 32 Olsen, 2017, S. 64.
- 33 ADN/Eig. Ber. 1955. Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten gebildet. Neues Deutschland, 2. 4. 1955, S. 2.
- 34 Alle folgenden biographischen Angaben stammen aus dem Konvolut der Akten und Archivalien, die der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes auf Anfrage ermittelt hat, sofern sie nicht explizit anders gekennzeichnet sind.
- 35 Berliner Adreßbuch für das Jahr 1940, Berlin: Scherl 1940, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:109-1-4347175/fragment/page=4928>. Zugegriffen: 22. Oktober 2022.

- 36 Protokoll des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1947, S. 64; das Kriegsgefangenenlager 7294 muss das Arbeitslager in Schaulen/Litauen (heutiges Šiauliai) gewesen sein: Verzeichnis der Kriegsgefangenenlager in Russland, herausgegeben vom Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermisste, Stuttgart, www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP82-00373R000200070012-9.pdf. Zugegriffen: 22. Oktober 2022.
- 37 Reuter/Hansel, 1997, S. 548.
- 38 Köpp, 1996, S. 438.
- 39 BwA Verwaltungskartei 53, Bd. 1: Kuratorium für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten.
- 40 BArch DY 34/19 392, Bericht des Kuratoriums für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, Jahresende 1955; Neue Zeit: Faschismus und Militarismus prallen am Bollwerk DDR ab, 26. 1. 1960, S. 1; Köpp, 1996, S. 440.
BwA Verwaltungskartei 53, Bd. 1: Kuratorium für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten: Das Kuratorium wurde im April 1962 umbenannt in »Nationale Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, Vertriebsstelle«. Sitz war zunächst Berlin, Unter den Linden 52. Im Januar 1963 erfolgte der Umzug nach Unter den Linden 32/34. Am 9. November 1961 schrieb das ZK der SED an Plenikowski: »Das Kuratorium hat seine Aufgabe erfüllt. Es kann aufgelöst werden.«, BArch DC 20/282, Blatt 210.
- 41 ADN: Hohe Auszeichnung für verdiente Bürger, Berliner Zeitung, 16. 9. 1971, S. 2; Köpp, 1996, S. 440; Traueranzeige für Ernst Saemerow 1974, Neues Deutschland, 2. 5. 1974, S. 5.
- 42 Mitglieder waren Ludwig Deiters, Hans Grotewohl (ausgeschieden am 15. November 1954), Horst Kutzat, Kurt Tausendschön sowie die Gartenarchitekten Hubert Matthes (ausgeschieden am 30. April 1955) und Hugo Namslauer, zweiteilig auch Kunz Nierade (ausgeschieden am 1. Juni 1954) und Reinhold Lingner; BwA Verwaltungskartei 39, Aufbauleitung. Bautagebücher, die Aufzeichnungen beginnen am 4. Mai 1954.
- 43 BArch DR 1/7516, Schreiben Alexander Abusch, »Beurteilung der Arbeit des Architektenkollektivs Buchenwald«, 28. 9. 1955.
- 44 Im März 1954 wurde das Museum für Deutsche Geschichte, Abteilung Gedenkstätten, dann auch vom Ministerium für beauftragt, »entsprechend den Beschlüssen des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 2. 12. 1953 [...], die museale Gestaltung der Gedenkstätten (ehemalige KZ's) in Sachsenhausen, Ravensbrück und Hohnstein auszuführen«, BArch DR 1/7520, Blatt 63, Abusch an Ullmann, 17. 3. 1954.
- 45 BArch DR 1/7520, Blatt 103, Ullmann an Albrecht, 14. 12. 1954; Blatt 123, Kältzsch und Dähn an Wiedemann, 18. 6. 1954.
- 46 BArch DR 1/7520, Blatt 60, Protokoll zur Übergabe der Nationalen Gedenkstätte Buchenwald durch das Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, an den Rat der Stadt Weimar, 22. 12. 1954.
- 47 BArch DY 34/19 392, Protokolle über Arbeitsausschusssitzungen des Komitees für Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Abschrift, Rat der Stadt Weimar, Oberbürgermeister, 30. 11. 1955.
- 48 BwA, Verwaltungskartei 4, Bauobjekt Ehrenhain Buchenwald, Investfinanzierung 1954–1958; BArch DR 1/7516, Mastalsky an Schaffner, 4. 1. 1956.
- 49 BArch DY 34/19 392, Protokolle über Arbeitsausschusssitzungen des Komitees für Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Abschrift, Rat der Stadt Weimar, Oberbürgermeister, 30. 11. 1955.
- 50 BwA Verwaltungskartei 81, Zusammenarbeit Direktor mit staatlichen Organen, 1966–1970.
- 51 BArch DR 1/7518, Kurt Schaffner, Aufbauleitung, an Karl Siering, MfK, Zentrale Planung, 16. 9. 1958.
- 52 BArch DR 1/7518, Vermerk Görgner, Ministerium für Kultur, Sektor Haushalt, Betrifft: Nationale Gedenkstätte, Mahnmal Buchenwald, 23. 9. 1958.
- 53 BArch DR 1/7524, Blatt 186, Rat der Stadt Weimar an Ministerium für Finanzen [sic], betrifft: Übernahme der Nationalen Gedenkstätte Buchenwald, 19. 3. 1959.
- 54 BArch DR 1/7519, Bd. 5, Übergang der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in die Rechtsträgerschaft des Ministeriums für Kultur, Juli 1959.
- 55 BArch DR 1/7518, Protokoll über die Sitzung des Operativ-Stabes Buchenwald am 15. Oktober 1958, S. 2, 25. 10. 1958.
- 56 Ebd., S. 4.
- 57 BArch DR 1/7519, Gedenkschrift, Wiedemann, Oberbürgermeister der Stadt Weimar, S. 2 f., 2. 1. 1959.
- 58 BArch DR 1/7524, Blatt 187, Hausmitteilung vom Stellvertreter des Ministers an die Abteilung Bildende Kunst, Laux, 14. 1. 1959.
- 59 BArch DR 1/7519, Schreiben von Siering, MfK, an die Stadträtin Hilderose Book, Stellvertretende des Vorsitzenden des Rates der Stadt Weimar, Rat der Stadt Weimar, 21. 2. 1959.
- 60 BArch DR 1/7519, Held, Persönlicher Referent des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Erfurt, an Siering, MfK, Sektor Planung, 26. 5. 1959.
- 61 BArch DR 1/7516, Schreiben der VEB Bau-Union Erfurt an Siering, MfK, Sektor Planung, 19. 12. 1955.
- 62 BArch DR 1/7519, Reisebericht Miethes, MfK, Betrifft: Übernahme der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, 16. 3. 1959.

»Berufsbild/Menschenbild – Ordnung und Sicherheit«

EIN PÄDAGOGISCHES VERMITTLUNGSPROGRAMM
FÜR POLIZEISCHÜLERINNEN UND POLIZEISCHÜLER
AM LERN- UND GEDENKORT SCHLOSS HARTHEIM

Simone Loistl

Seit 2017 gibt es am Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim ein pädagogisches Vermittlungsangebot, das sich speziell an Polizeischülerinnen und Polizeischüler richtet. Im Winter 2021/2022 wurden die Ergebnisse der Evaluierungen der ersten Jahre eingearbeitet und Ergänzungen vorgenommen. Der folgende Beitrag bietet einen Einblick in die Methoden und Materialien des Programms »Berufsbild/Menschenbild – Ordnung und Sicherheit« sowie einen kurzen Überblick über die historischen Anknüpfungspunkte zwischen Polizeigeschichte und NS-Euthanasie.

Schloss Hartheim, das sich in der Nähe von Linz in Oberösterreich befindet, war von 1940–1944 eine von sechs Euthanasieanstalten im Deutschen Reich. Im Rahmen der »Aktion T4« wurden von Mai 1940 bis August 1941 Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen ermordet. Nach dem Stopp der »Aktion« wurde der Betrieb nicht eingestellt, sondern es wurden bis in den Spätherbst 1944 Häftlinge aus den Konzentrationslagern Mauthausen, Gusen, Dachau und Ravensbrück (»Sonderbehandlung 14f13«) sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ermordet. In Hartheim sind über den Zeitraum von 1940 bis 1944 insgesamt 30 000 Menschen in einer Gaskammer getötet worden.¹ Nach verschiedenen Nutzungen des Gebäudes in der Nachkriegszeit wurde 2003 der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim mit der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie und der Ausstellung »Wert des Lebens« eingerichtet.

Einführend ein kurzer Abriss zu den historischen Bezugspunkten:

Es drängt sich für Sie als Leserin oder Leser vielleicht gerade die Frage auf, wieso an einem Ort wie Hartheim ein Programm für Polizeischülerinnen und Polizeischüler angeboten wird. Im ersten Moment etwas irritierend – bei genauerer Betrachtung ergeben sich aber mehr Anknüpfungspunkte zur Polizeigeschichte als man vermuten würde: Der Kriminalpolizei sollte im Nationalsozialismus eine besondere Rolle zugesprochen werden: Im Verständnis einer biologisch definierten Gesellschaft sollte sie als »Arzt am Volkskörper«² agieren, und die Möglichkeit bekommen, das Verbrechen »auszumerzen«. Die Umsetzung dieser Forderung, die bereits seit den 1920er-Jahren von bestimmten Kreisen in der Polizei vertreten wurde, schien mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten zum Greifen nahe. Verbrechen wurde als etwas Vererbbares definiert. Die scheinbare Weitergabe von »kriminellen Anlagen« über Generationen sollte durch präventive Maßnahmen nun unterbunden werden.

Höchste Stellen der Polizei in Berlin waren zudem von Beginn an in die NS-Euthanasie eingebunden. Das Kriminaltechnische Institut (KTI) der Reichskriminalpolizei war maßgeblich an der Entwicklung der Gaskammern beteiligt³ und der Chemiker August Becker war in Folge auch verantwortlich für die technischen Angelegenheiten der Anlagen, bereiste die Anstalten, um Wartungen vorzunehmen und die verantwortlichen Ärzte zu schulen. Auch die Beschaffung der Gasflaschen von der I.G.-Farben



Christian Wirth und Franz Reichleitner in Uniform vor dem Schloss am 6. 9. 1940 anlässlich der Hochzeit des Ehepaares Vallaster. Foto: NARA II (Dokumentationsstelle Hartheim)

in Ludwigsburg und deren Verteilung an die Anstalten oblag dem KTI ebenso wie die Sicherstellung der angeforderten Mengen an Barbituraten⁴, die in der dezentralen Euthanasie zur Ermordung von Patientinnen und Patienten in Heil- und Pflegeanstalten sowie Psychiatrien eingesetzt wurden.⁵

In Hartheim – wie in jeder anderen Euthanasieanstalt – besetzte der Büroleiter eine wichtige Position. Er und sein Stellvertreter waren für die Geheimhaltung nach außen und einen reibungslosen Ablauf zuständig. Die Einweisung des Personals in seine Tätigkeit sowie deren Vereidigung zur Verschwiegenheit wurde vom Büroleiter vorgenommen. Ihm unterstand das Sonderstandesamt, das die Todesfälle beurkundete und ein Urnenbuch führte, ebenso wie die Schreibstuben, die die Korrespondenzen mit den Abgabeanstalten, Kostenträgern und Angehörigen erledigten. In Hartheim wurden die Posten des Büroleiters und seines Stellvertreters durch Kriminalpolizisten besetzt: Christian Wirth, Franz Reichleitner und Franz Stangl. Der aus Baden-Württemberg stammende Kriminalkommissar Christian Wirth war bereits als Büroleiter in Brandenburg und Grafeneck eingesetzt worden, bevor er nach Hartheim wechselte.⁶ Sein Stellvertreter und späterer Nachfolger Reichleitner kam ebenso wie Stangl aus Oberösterreich; die beiden kannten sich durch die gemeinsame Ausbildung bei der Kriminalpolizei. Auch eine Ortspolizeibehörde wurde im Schloss eingerichtet, die sich allerdings – so hat es den Anschein – nach außen hin als völlig unabhängig von der Anstalt präsentierte. Der als Reichleitners Stellvertreter agierende Stangl gab an, für diese Position befördert worden zu sein, um rangmäßig über dem Leiter des Gendarmeriepostens Alkoven (zuständig für die Ortschaft Hartheim) zu stehen. Auch wenn es sicherlich keine Weisungsgebundenheit zwischen den beiden Stellen gab, so wollte man wahrscheinlich doch eine gewisse Unantastbarkeit vermitteln. Zudem wechselte Stangl zur Ordnungspolizei und somit zu einer uniformierten Abteilung.⁷ Die Uniform sollte die Autorität unterstreichen und war vermutlich für die Außenwirkung gedacht. Es gab keine Bewachung des Schlosses. Durch die baulichen Gegebenheiten war dazu keine Notwendigkeit gegeben. Das Schloss war von einem L-förmigen Wirtschaftshof, einer Mauer und einem hohen Bretterzaun umschlossen. Wollte jemand Außenstehender in

das Schlossinnere, so musste die Person am Tor des Wirtschaftsgebäudes klingeln. Dort war ein Schild mit der Aufschrift angebracht: »Wegen Seuchengefahr ist das Besuchen von Angehörigen nur mit besonderer Erlaubnis und nur unter Begleitung eines Pflegers möglich.«⁸ Es kam zwar ein vermeintlicher Portier zum Tor und gab vor, die Fragen ernsthaft zu beantworten, der Zutritt wurde aber verwehrt. Die drei in Hartheim tätigen Polizisten hatten später bei der »Aktion Reinhard«⁹ hohe leitende Positionen inne, bevor sie dann gemeinsam 1943, nach der Auflösung der Lager in Polen, nach Triest versetzt wurden.

Aber nicht nur durch die direkte Verstrickung in die Organisation und Durchführung der Euthanasieaktion spielte die Polizei eine wichtige Rolle; ebenso entscheidend beteiligt war sie bei der Verhaftung und Einweisung von Personen in Konzentrationslager, die dann im Zuge der »Sonderbehandlung 14f13« ermordet wurden. In diesem Kontext wird aber nun ein weiterer Aspekt aufgeworfen – nämlich, der dem Dienst entthobene Polizist als politisch Verfolgter, der nicht selten von den eigenen Kollegen denunziert, in Schutzhaft genommen und in einem Konzentrationslager inhaftiert wurde.¹⁰

Genese des Programms »Berufsbild/Menschenbild – Sicherheit und Ordnung« und der Aufbau

Erste Überlegungen ein Programm zu etablieren, gab es bereits im Jahr 2012. Von Beginn an war ein grundsätzlicher Gedanke, die Lehrenden der Bildungszentren der Sicherheitsakademie (SIAK) des BMI¹¹ in die Konzeption einzubinden, um das Vermittlungsangebot auch im Rahmen der Ausbildung gut einbetten zu können. Es wurden mit den Lehrenden, die damals mit ihren Klassen den Lern- und Gedenkort bereits besuchten, erste Gespräche geführt. Diese ergaben allerdings, dass das zur Verfügung stehende Zeitkontingent nicht mehr als zwei Stunden betragen dürfte. Ein Standardrundgang durch die Gedenkstätte und die Ausstellung dauerte damals eineinhalb Stunden und es war ein Bestreben, diesen beiden Bereichen auch im Zuge eines Programms ausreichend Raum zu geben. Im Umkehrschluss bedeutete das, dass für ein eigenes Angebot zu wenig Zeitkapazität zur Verfügung stand. Ende 2016 ergab sich allerdings durch die Initiative der beiden damaligen Fachzirkelvorsitzenden des Bereichs Persönlichkeitsbildung der Bildungszentren der SIAK in Kooperation mit dem Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim die Möglichkeit, ein umfangreiches Programm zu entwerfen. Das Ergebnis ist nun ein fünfstündiges Angebot, in dem sich gemeinsame Gruppenphasen mit selbstständigen Arbeitsphasen in Kleingruppen abwechseln. In der Regel haben die Klassen der Bildungszentren zwischen 25 und 30 Schülerinnen und Schüler. Diese werden in zwei Gruppen geteilt, die das Programm parallel durchführen. Während eines ersten Settings in einem Seminarraum werden mit Hilfe von Laminaten und Objekten, die mit der Geschichte von Schloss Hartheim ebenso wie mit der Geschichte der Polizei im NS zu tun haben, erste Assoziationen gesammelt und Fragen aufgeworfen, die dann in den darauffolgenden Rundgang mitgenommen werden können. Die Idee ist hier auch, der Gruppe und der Vermittlerin oder dem Vermittler eine Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens zu geben und eine gute und angenehme Atmosphäre zu schaffen, die dann im Laufe des Programms die Basis für die konstruktive Arbeit und offene Diskussions- und Gesprächsführung bildet. Es



hat sich in Rückmeldungen gezeigt, dass dieser Einstieg tatsächlich maßgeblich zu einer gelungenen Durchführung des Programms beiträgt. Es scheint nämlich, dass Schülerinnen und Schüler aus diesem Bereich oftmals die Erwartung haben, an einer Gedenkstätte mit einem erhobenen Zeigefinger empfangen zu werden. Ein Begegnen auf Augenhöhe von Beginn an, mit einer kleinen einfachen Übung, bricht offensichtlich diese Erwartung und lässt ein konstruktives und intensives Miteinander entstehen, das dann gerne auch in der Feedbackrunde am Ende nochmals als sehr positiv herausgestrichen wird. Ein gelungener Auftakt ist auch deshalb von großer Bedeutung, weil im Laufe des Programms durch die doch anspruchsvollen und umfangreichen Arbeitsaufträge den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einiges abverlangt wird, und ohne die Bereitschaft sich darauf einzulassen, das Programm zum Scheitern verurteilt wäre. Nach der Einstimmungsrunde folgt ein zweistündiger Rundgang durch die Gedenkstätte und die Ausstellung »Wert des Lebens«. Die Gedenkstätte widmet sich zunächst der Geschichte der NS-Euthanasie und den Vorgängen im Schloss Hartheim. Die Ausstellung behandelt dann zum einen Mechanismen, die zur Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung geführt haben und führen, zeigt zum anderen aber auch anhand der Leitthemen Arbeit, (Ver-)Sorgen und Optimierung welchen Einfluss verschiedene historische wie gegenwärtigen Tendenzen auf eine Gesellschaft hatten und haben können – der Bogen spannt sich dabei von der Zeit der Aufklärung bis ins Heute. Während des Rundgangs werden mit Hilfe unterschiedlicher Objekte Bezüge zur Polizeigeschichte hergestellt – so kann im Raum, der sich der Eugenik widmet, das Buch »Fingerprints« von Francis Galton in seiner Intention einerseits kritisch hinterfragt werden, andererseits aber auch die Entwicklung der Daktyloskopie¹² und der erste Fall, der auf diesem Weg aufgeklärt wurde, angesprochen werden. Einige Räume später, bei einer Tafel zur Entdeckung der DNA, ergibt sich ein Rückbezug, wenn man auf die forensische DNA-Analyse in der Polizeiarbeit zu sprechen kommt. Aber auch die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung und ihre Interaktion mit der Polizei kann entweder auf ironische Weise durch Cartoons von Philipp Hubbe¹³ oder aber auch durch die Thematisierung von Texten in leichter Sprache, aus dem mit der Polizei in Verbindung stehenden Bereich der Behindertenrechtskonvention, besprochen werden.

Schloss Hartheim
Foto: Lern- und
Gedenkort Schloss
Hartheim

Nach dem Rundgang gibt es eine kurze Einführung in die einzelnen Inhalte der Arbeitsaufträge und im Anschluss die Auswahl derselben durch inzwischen gebildete Kleingruppen. Ein Zeitrahmen von eineinhalb Stunden für eine Pause und die Bearbeitung der Aufträge steht zur Verfügung. Die Pause wird im Café Lebenswert, einem integrativen Betrieb des Instituts Hartheim¹⁴, verbracht, das sich in einem Nebengebäude des Schlosses befindet. Der Besuch im Café war schon vor 2017 ein Fixpunkt im Programm der Bildungszentren und sollte auch auf Wunsch der Lehrenden weiterhin ermöglicht werden. Durch eine Kooperation mit dem Café gelang es, den dortigen Aufenthalt zeitlich auszuweiten, da die Aufträge in den Räumlichkeiten bearbeitet werden können und so die Pausenphase entspannt vor Ort in die Arbeitsphase übergehen kann.

Wie erarbeiten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nun konkret die historischen Bezüge und wie werden sie zusammengeführt?

Das Herzstück des Programms sind die Arbeitsaufträge, die anhand von Biografien die Geschichte der NS-Euthanasie in Verbindung mit der Geschichte der Polizei in der NS-Zeit bringen. Es gibt sechs Biografien, die in Kleingruppen zu drei bis vier Personen bearbeitet werden – das bedeutet bei einer Gruppengröße von höchstens 15 Personen, dass nicht alle Aufträge ausgewählt werden. Meist überlassen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Gruppen die Entscheidung. Folgende Biografien stehen zur Auswahl: Ludwig Bechinie¹⁵ war während der 1. Republik ein hochrangiger Gendarmeriebeamter in Österreich und wurde nach dem Anschluss 1938 aus politischen Gründen verhaftet und im Konzentrationslager inhaftiert. Er wurde im Rahmen der »Sonderbehandlung 14f13« in der Euthanasieanstalt Pirna-Sonnenstein/Sachsen getötet. Die Verfolgung politisch Unliebsamer, die Verhängung der Schutzhaft und Verleumdungen, die von vielerlei Seiten sogar über die Zeitung »Der Deutschösterreicher« aus Südamerika gegen ihn geäußert wurden, sind die Eckpunkte, die behandelt werden.

Klaus Hornig¹⁶ durchlief eine militärische, polizeiliche und juristische Ausbildung. Er weigerte sich im Herbst 1941 mit seinem Zug an Erschießungen russischer Kriegsgefangener in Polen teilzunehmen und berief sich dabei auf einen Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches. Der Umstand, dass es Handlungsspielräume gab und die bloße Verweigerung keine weitreichenden Konsequenzen hatte, bildet, neben der Thematisierung des von Christopher Browning geprägten Begriffs der »Ganz normalen Männer«¹⁷, die Diskussionsgrundlage. Der Auftrag fällt etwas aus dem Rahmen, da diese Biografie nicht direkt mit der NS-Euthanasie zu tun hat. Sie kann aber in Verbindung gebracht werden mit der Biografie von Franz Sitter¹⁸, einem nach Hartheim dienstverpflichteten Pfleger, der sich weigerte, bei den Tötungen mitzumachen und in die Heil- und Pflegeanstalt, in der er ursprünglich tätig war, zurückversetzt wurde.

Karl Horvath¹⁹ wurde während der NS –Zeit als »Zigeuner« im Konzentrationslager inhaftiert. Er wurde im Rahmen der »Sonderbehandlung 14f13« in Hartheim getötet. Anhand der »Gendarmerie-Rundschau« aus dem Jahr 1934 wird gezeigt, welches Bild über die »Zigeuner« bereits vor dem »Anschluss« in die Öffentlichkeit getragen und welche Maßnahmen von polizeilicher Seite gesetzt wurden. Wie etwa die Erstellung der sogenannten »Zigeunerkartei«, die den Nationalsozialisten später eine perfekte Basis für die Verfolgung lieferte. Neben seiner Biografie wird auch die Geschichte seiner Familie bis in die Gegenwart beleuchtet.



Selma Klein²⁰ wurde sehr jung bereits in verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen betreut und immer wieder auch in die Psychiatrie eingewiesen. 1936 wurde sie zwangssterilisiert und nach Verschärfungen der Verfolgung der sogenannten »Asozialen« im Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert. Von dort wurde sie im Rahmen der »Sonderbehandlung 14f13« in der Euthanasieanstalt Bernburg/Sachsen-Anhalt gebracht und ermordet. Die immer geringer werdende Unterstützung von Menschen wie Selma Klein durch die fortwährende und sich verschärfende Stigmatisierung und Verfolgung werden hier aus einer etwas anderen Perspektive gezeigt: Frauen als Täterinnen werden über die Fürsorge, die weibliche Kriminalpolizei sowie die Aufseherinnen aus Ravensbrück in den Blick genommen.

Walter Samstag²¹ wurde der Zuhälterei verdächtigt und verhaftet. Obwohl er vor Gericht freigesprochen worden war, wurde er im Sommer 1941 im Zuge der »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« im Konzentrationslager inhaftiert. Er wurde im Rahmen der »Sonderbehandlung 14f13« in Hartheim getötet. Neben der Auseinandersetzung mit dem »Erlass zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« wird auch das Verschweigen seines Schicksals in der Familie thematisiert. Daran lässt sich die allgemeine Frage anschließen, warum die Anerkennung der sogenannten »Berufsverbrecher« und »Asozialen« als Opfer des Nationalsozialismus bis heute immer noch Diskussionsthema ist.

Franz Stangl²², bereits am Beginn erwähnt durch seine Tätigkeit in Hartheim, war während der »Aktion Reinhard« Kommandant zweier Vernichtungslager (Sobibor, Treblinka) und danach die letzten beiden Kriegsjahre in Triest tätig. Ihm gelang nach Kriegsende die Flucht nach Südamerika. 1967 wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt. Die britische Journalistin Gitta Sereny führte mit Franz Stangl während seiner Haft in Düsseldorf ein umfangreiches Interview (später auch mit seiner Frau), das 1974 als Buch erschien. Mit Hilfe von Textpassagen, denen Dokumente aus dem Verfahren gegenübergestellt werden, wird seine Verteidigungsstrategie analysiert und über Aussagen seiner Frau auch der »Privatmensch« Stangl in den Fokus genommen.

Die Vorstellung der Biografien ist im Idealfall bereits mit der Erzählung, welche Überlegungen und Diskussionen innerhalb der Kleingruppen bei der Bearbeitung angestellt wurden, gekoppelt. Das heißt, auch wenn es Leitfragen zu jedem Arbeitsauftrag

Materialien der Einstimmungsübung.
Foto: Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim

gibt, so gilt es doch die Biografie mit den Zusatzmaterialien, bereits auf einer reflexiven Ebene den Kolleginnen und Kollegen vorzustellen. Die Biografien ermöglichen bestimmte Mechanismen und Strukturen greifbarer zu machen und Lebenswege und Entscheidungen nachzeichnen zu können.

Über den historischen Konnex und die biografischen Bezüge ergeben sich spannende Diskussionen, die zeigen, wie sehr sich die Schülerinnen und Schüler inhaltlich wie persönlich mit den jeweiligen Arbeitsaufträgen auseinandergesetzt haben. Die Lehrenden der Bildungszentren halten sich meist sehr im Hintergrund, nehmen aber an den Programmen stets teil, da sie bestimmte Punkte in der Nachbereitung in den Klassen wieder aufgreifen.

Am Ende jedes Programms steht eine Reflexionsrunde, die es nochmals zulässt aufzufangen, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die letzten fünf Stunden beschäftigt hat. Nicht die Geschichte der NS-Euthanasie oder die Biografien stehen nun im Vordergrund, sondern die persönlichen Gedanken und Assoziationen, die nun formuliert und mit der Gruppe geteilt werden. Der zu Beginn erwähnte Aufbau einer Vertrauensbasis ist auch maßgeblich für ein Gelingen dieser Abschlussrunde, die im Idealfall auch eine offene Gesprächsrunde wird.

In der Schulung für dieses Programm eignen sich die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zusätzlich auch Basiswissen über der Polizei in der NS-Zeit an, um für grundsätzliche Informationen zur Verfügung zu stehen, beziehungsweise auch für Fragestellungen, die sich im Zuge der Arbeitsaufträge ergeben, das entsprechende Hintergrundwissen zu haben. Das Programm ist im Historischen angesiedelt, wir – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lern- und Gedenkortes – sind die Expertinnen und Experten für die Geschichte des Hauses und der NS-Euthanasie – wir sind weder in der Ausbildung noch im aktiven Dienst der Exekutive tätig und daher wäre es vermessend gewesen, auf aktuellen Entwicklungen und Ereignissen aufzubauen. Nichtsdestotrotz sind die Arbeitsaufträge aber so konzipiert, dass über das Thematisieren von Sprache, Macht, Pflicht, Befehl, Ohnmacht, Stigmatisierung, Handlungsspielräume, Menschenwürde, Menschenrechte und vielem mehr auch gegenwärtige Tendenzen und Meinungen offen diskutiert werden können.

Die von Beginn an aktive Kooperation mit den Lehrenden der Bildungszentren hat es ermöglicht, ein Programm zu schaffen, das sich inzwischen in der Ausbildung verankert hat und geschätzt wird.²³ Den Auszubildenden wird der zumeist unbekannte Ort Hartheim mit seiner Geschichte in Verbindung mit der Polizeigeschichte nähergebracht, und lässt so zusätzliche Verbindungslinien entstehen. Ein atmosphärisch angenehmes Setting zu schaffen, in dem gemeinsame Inhalte erarbeitet werden, Sichtweisen und gesellschaftliche Mechanismen diskutiert werden und Bezüge zur eigenen Lebens- und Berufswelt hergestellt werden können, war eine grundsätzliche Intention der Konzeption. Die letzte Evaluierung hat gezeigt, dass man diesem Anspruch gerecht werden konnte.

Mag. Simone Loistl ist Historikerin und seit 2007 im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim beschäftigt. Zuletzt Arbeiten zur Biografie des ärztlichen Leiters der Tötungsanstalt Hartheim Rudolf Lonauer, zum Einsatz archäologischer Fundgegenstände in der Vermittlungsarbeit sowie zur Rolle der Polizei im Nationalsozialismus mit Aufbau eines pädagogischen Programms für Polizeischülerinnen und Polizeischüler.

- 1 Zur Geschichte der Tötungsanstalt Hartheim vgl. Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hg.), Tötungsanstalt Hartheim, Linz 2013.
- 2 Patrick Wagner, Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960. München 2002, S. 12.
- 3 Vgl. dazu Astrid Ley, Massenmord durch Kohlenmonoxid. Die »Erfindung« einer Mordmethode, die »Probevergasung« und der Krankenkopf in Brandenburg/Havel. in: Günter Morsch/Bertrand Perz (Hg.), Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung. (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Band 29). Berlin 2011, S. 88–99.
- 4 Barbiturate wurden ursprünglich als Schlaf- und Beruhigungsmittel eingesetzt.
- 5 Vgl. Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Landesgericht Linz, 15 VR 363/64 hier finden sich Korrespondenzen über die Beschaffung von CO-Flaschen für Hartheim bzw. auch später für Medikamente für die dezentrale Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart/Linz.
- 6 Christian Wirth wurde in Folge den Büroleitern der Anstalten übergeordnet und hatte eine Aufsichtsfunktion über alle.
- 7 Gitta Sereny, Am Abgrund. Gespräch mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka. München 1995, 57f.
- 8 Brief von Gerda Zappe an ihren Vater vom 17. 8. 1940. Privatbesitz. Kopie in der Dokumentationsstelle Hartheim.
- 9 Vgl. dazu Sara Berger, Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka. Hamburg 2019.
- 10 Vgl. dazu Simone Loistl, Die Verstrickungen der Kriminalpolizei in die NS-Euthanasie. SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4). 2021, S. 4–16.
Online: http://dx.doi.org/10.7396/2021_4_A.
- 11 In den Bildungszentren findet die polizeiliche Grundausbildung in Österreich statt.
- 12 Fingerabdruckverfahren
- 13 www.hubbe-cartoons.de
- 14 Institut Hartheim gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH, für Menschen mit kognitiver und mehrfacher Beeinträchtigung.
- 15 Boris Böhm/Ricarda Schulze, »... ist uns noch allen lebendig in Erinnerung« – Biographische Porträts von Opfern der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Anstalt Pirna-Sonnenstein. Dresden 2003, S. 130–148.
- 16 Gerd R. Ueberschär, Der Polizeioffizier Klaus Hornig. Vom Befehlsverweigerer zum KZ-Häftling. in: Wolfgang Wette (Hg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS. Frankfurt 2004, S. 77–93.
- 17 Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen. Hamburg 2020.
- 18 Vgl. OÖLA, LG Linz, Sondergerichte, VG 8 Vr 2407/46 Beschuldigtenvernehmung Franz Sitter, 20. 3. 1947. Der Pfleger Franz Sitter war der einzige von den zwischen 1940 und 1944 mehr als 70 Beschäftigten, der sich weigerte in Hartheim an den Tötungen teilzunehmen. Er wurde zurück in die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs versetzt und später zum Sanitätsdienst eingezogen.
- 19 <https://lebensspuren.schloss-hartheim.at/index.php/2-biografie/21-karl-horvath>
- 20 <https://frankfurt.de/frankfurt-entdecken-und-erleben/stadtportrait/stadtgeschichte/stolpersteine/stolpersteine-im-nordend/familien/klein-selma>;
www.gedenkort-t4.eu/de/historische-orte/gpkjb-stolperstein-fuer-selma-klein#schnellueberblick
Hier gilt auch der Dank der Gedenkstätte Hadamar sowie der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück für die Unterstützung bei der Recherche zur Biografie von Selma Klein.
- 21 Beate Schaefer, Weiße Nelken für Elise. Die Liebe meiner Großeltern zwischen Wehrmachtbordell und KZ. Freiburg 2016.
- 22 Zur Biografie von Franz Stangl vgl. neben Sereny (1995) auch Leo Gürtler, Unhinterfragte Schutzbehauptungen. Franz Stangls oberösterreichische Zeit im Werk von Gitta Sereny. in: Philipp Rohrbach/Florian Schwanninger (Hg.), Beyond Hartheim. Täterinnen und Täter im Kontext von »Aktion T4« und »Aktion Reinhardt«. Innsbruck 2019, S. 73–87.
- 23 In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, deren Besuch ein Fixpunkt im Lehrplan der Bildungszentren ist, wurde Vorbereitungsmaterial unter anderem mit Informationen zu den beiden Orten und zur Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus gestaltet.

Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus

BUNDESWEITE GEMEINSCHAFTSAUSSTELLUNG
DER AG GEDENKSTÄTTEN AN ORTEN FRÜHER KZ
EIN WERKSTATTBERICHT
ZU EINEM BESONDEREN KOOPERATIONSPROJEKT

Nicola Wenge und Luisa Lehnen

Kurzeinführung

In der deutschen Gedenkstättenlandschaft hat es so ein Projekt vermutlich noch nicht gegeben: Über zwei Jahre haben sich 17 Einrichtungen aus elf Bundesländern – alleamt Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager – zusammengeschlossen, um gemeinsam eine Ausstellung zur Entstehung und Struktur der frühen Konzentrationslager zu realisieren. Diese wird in mehrfacher Ausfertigung produziert und in vielen der beteiligten Gedenkstätten und Lernorte am 28. Februar 2023 zum 90. Jahrestag der Reichstagsbrandverordnung eröffnet – als gemeinsames Signal und Informationsangebot für eine bundesweite Öffentlichkeit. Damit wird die Aufmerksamkeit auf ein Thema gelenkt, das in der allgemeinen Wahrnehmung nach wie vor unterrepräsentiert ist. Umso erfreulicher ist es, dass Staatsministerin Claudia Roth zugesagt hat, die Schirmherrschaft für das Projekt zu übernehmen und ein persönliches Grußwort zur zentralen Eröffnung im Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm zu sprechen. Über das ganze Jahr hindurch sind Eröffnungen an weiteren Orten und begleitende Veranstaltungen geplant, die veranschaulichen, dass sich die Zerstörung der Demokratie und die Etablierung von Macht und Terror des Nationalsozialismus schrittweise vollzogen.

Ausgangspunkt: Gründung der AG Gedenkstätten an Orten früher KZ

Ausgangspunkt für das Kooperationsprojekt war eine bundesweite Tagung zum Thema »Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager – Bestandsaufnahme, Perspektiven und Vernetzung« im September 2018. Der von den dort vertretenen Einrichtungen gefasste Beschluss, sich fortan regelmäßig zu den Themen Forschung, Vermittlung und Denkmalpflege auszutauschen, mündete schließlich in die Gründung der »AG Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager«. Ziel dieses Zusammenschlusses ist es, die strukturelle Einsamkeit der Erinnerungsorte in ihren jeweiligen Bundesländern durch gegenseitige Unterstützung bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben sowie einen Austausch über die historisch-politische Bildungsarbeit zu überwinden und dadurch auch die öffentliche Sichtbarkeit der frühen Konzentrationslager zu erhöhen.

Beim Gründungstreffen der AG, das im Frühjahr 2019 in der Topographie des Terrors stattfand, äußerten alle Mitglieder den Wunsch, den bundesweiten Wissenstransfer nicht nur abstrakt zu organisieren, sondern in Form eines konkreten Projekts einen Mehrwert für alle zu schaffen. Ausgangspunkt hierfür war die Überlegung, dass zwar jeweils im lokalen Kontext und Landeszusammenhang die Geschichte des eigenen Orts erforscht und präsentiert wird, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der frühen Lager hinsichtlich Trägerschaft, Täterschaft und unterschiedlicher Verfolgengruppen aber noch nicht für ein breites Publikum vergleichend dargestellt wurden.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee einer gemeinsamen Ausstellung 90 Jahre nach der Errichtung der ersten Lager, die ihre pseudolegale Grundlage in der Reichstagsbrandverordnung hatten. Es sollte eine Ausstellung sein, die an vielen Orten gleichzeitig gezeigt wird, um dadurch sowohl die Dezentralität der politischen Verfolgung in der Anfangszeit des Nationalsozialismus als auch die Dezentralität der heutigen Erinnerungskultur zu veranschaulichen.

Der gemeinsame Entwicklungs- und Arbeitsprozess

Nachdem die Ausstellungsidee geboren war, begaben sich die projektbeteiligten Einrichtungen, vertreten durch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende von großen KZ-Gedenkstätten bis hin zu kleinen Initiativen sowie dem Gedenkstättenreferat der Topographie des Terrors, in das Abenteuer des gemeinsamen Entwicklungsprozesses. Als Ankerorganisationen für Projektanträge sowie als Werkvertragsgeber fungierten dankenswerterweise die Gedenkstätte Esterwegen mit Sebastian Weitkamp und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit Agnes Ohm, was das Projekt überhaupt erst ermöglichte.

Auch wenn es gemeinhin heißt, dass viele Köche den Brei verderben, ist dieses Kollaborationsprojekt eine erfreuliche Ausnahme von der Regel: Konstruktiv und produktiv entwickelten die Beteiligten das Ausstellungskonzept im Kollektiv, aufbauend auf der Vorarbeit von Andrea Riedle, die, damals noch als Leiterin der wissenschaftlichen Abteilung der KZ-Gedenkstätte Dachau, ein erstes Konzept geschrieben hatte. Redaktionelle Kleingruppen aus jeweils zwei bis vier Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern verfassten die Inhalte für die einzelnen Themenmodule und trugen Fotos, Dokumente, Biografien, Zitate und weitere historische Quellen mithilfe einer digitalen Pinnwand zusammen. Zwei mehrtägige Zusammenkünfte in der Gedenkstätte KZ Osthofen legten die Grundlage für weitere virtuelle Absprachen.

Mithilfe eines »Crowdfundings« aller beteiligten Einrichtungen konnte ein Werkvertrag an den Projektbearbeiter Sebastian Zehetmair vergeben werden für die notwendige Koordination und redaktionelle Arbeiten. Darüber hinaus stellten die AG-Mitglieder einen Antrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung, um für die Erarbeitung eines pädagogischen Begleitprogramms sowie eines Social-Media-Konzepts zusätzliche Unterstützung zu erhalten. Für diese Aufgaben wurden Anna-Lena Nachbar und Sonja Klinke gewonnen. Um die Kosten für die grafische Gestaltung zu decken, warb die Arbeitsgemeinschaft Mittel bei der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft ein. Die Produktionskosten trugen die beteiligten Einrichtungen jeweils selbst. Viele haben dafür weitere Drittmittel akquiriert.

Ausstellungsinhalte und -konzeption

In elf Themenmodulen erzählt die Ausstellung die Geschichte der frühen Konzentrationslager von den Voraussetzungen in der Weimarer Republik bis zur Auflösung der Lager. Sie zeigt, wie vielfältig Zuständigkeiten, Tätergruppen und Örtlichkeiten waren, und veranschaulicht, worin sich Häftlingsgruppen und Haftalltag ähnelten beziehungsweise unterschieden. Biografien von Verfolgten, Lagerkommandanten und Wachleuten illustrieren die enge Verbindung der Lager untereinander und öffnen die Perspektive auf die Weiterentwicklung des KZ-Systems ab 1936. Ein eigenes Modul widmet sich dem Erinnern und Gedenken nach 1945 im Ost-West-Vergleich.

Die Ausstellung veranschaulicht, mit welcher Brutalität und Geschwindigkeit die erste deutsche Demokratie mit dem zentralen Terrorinstrument der »Schutzhaft« ausgehebelt wurde. Sie erklärt zugleich, wie die frühen Konzentrationslager in all ihrer Heterogenität zu den wichtigsten Instrumentarien für die Machtetablierung der Nationalsozialisten wurden. Zudem wird deutlich, dass viele Charakteristika der »späten« Konzentrationslager (ab 1936) in ihren Ursprüngen bereits in diesen frühen Konzentrationslagern angelegt waren. So wurden beispielsweise bereits in einigen frühen Lagern Häftlinge zur Zwangsarbeit eingesetzt. Darüber hinaus nahmen viele SS-Karrieren von Kommandanten und Wachleuten in den frühen Konzentrationslagern ihren Anfang, sodass hier Verbindungslinien bis in die späteren Vernichtungslager nachzuzeichnen sind.

Das Narrativ mit den wichtigsten Ausstellungsinhalten und die Gliederung in elf Themen wurden relativ schnell einhellig entwickelt. Spannende Diskussionen gab es vor allem hinsichtlich der Frage der Periodisierung (bis wann von frühen KZ zu sprechen ist), der Darstellung von Gewalt in den Lagern und wie stark auf die Unterschiede im Verhältnis zu den Gemeinsamkeiten eingegangen werden sollte. Die Ausstellung spiegelt den aktuellen Forschungsstand der jeweiligen Institutionen wider und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitergehende vergleichende Studien.

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert. Die Themenmodule sind auf Papp-Elemente gedruckt, die leicht transportiert und zusammengesteckt werden können. Das ist relativ kostengünstig, erleichtert den Auf- und Abbau und sieht trotzdem attraktiv aus. Damit besteht auch die Möglichkeit, dass die Ausstellung nach der Eröffnung verliehen wird, zum Beispiel an Schulen, Jugendhäuser und kommunale Einrichtungen. Einige AG-Mitglieder haben keine eigenen Räumlichkeiten, treten aber als Leihgeber in Erscheinung und bieten als solche auch die Möglichkeit, pädagogisch/didaktisch mit den Inhalten und externen Partnerinnen und Partnern zu arbeiten. Für die große Mehrheit der beteiligten Gedenkstätten, die die Ausstellung ergänzend zu ihren Dauerausstellungen am historischen Ort präsentieren, ist sie eine ideale Ergänzung, um den Blick vergleichend zu öffnen.

Pädagogisches Begleitprogramm

Um den genuinen didaktischen Mehrwert der Beschäftigung mit frühen Konzentrationslagern im Allgemeinen und mit den Inhalten der Ausstellung im Speziellen herauszuarbeiten, fanden sich mehrere Mitglieder der AG in einer eigenen Untergruppe »Pädagogik« zusammen. Gemeinsam entwickeln sie ein Begleitprogramm, das aus interaktiven Rundgängen, Workshops und digitalen Vermittlungsangeboten besteht. Eine besondere Herausforderung liegt dabei unter anderem darin, mit den verbreiteten Assoziationen zum Begriff »Konzentrationslager« – Baracken, Gaskammern, Leichenberge – umzugehen und angemessen auf »enttäuschte« Erwartungen zu reagieren. Gerade die Beschäftigung mit den Anfängen des nationalsozialistischen Terrorsystems kann einen Anknüpfungspunkt zur heutigen Zeit darstellen und für die Fragilität der Demokratie sensibilisieren.

Durch die BpB-Förderung erhält die AG hierbei Unterstützung: zum einen bei der Organisation, Moderation und Dokumentation von Multiplikatoren-Workshops, zum anderen bei der Koordination der Social-Media-Kampagne. Geplant ist unter anderem ein »Kalendarium« auf den Social-Media-Kanälen der jeweiligen Einrichtungen. Mit Beiträgen zu markanten Ereignissen im Jahr 1933 oder damit in Zusammen-



hang stehenden Personen, die jeweils am 90. Jahrestag veröffentlicht werden sollen, können gerade für jugendliche Besucherinnen und Besucher niederschwellige Zugänge geschaffen werden. Über die Eröffnungsveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, den Verleih der Ausstellung, die Social Media-Kampagne, gezielte Pressearbeit sowie ein vielfältiges, von den Kooperationspartnerinnen und -partnern vor Ort gestaltetes pädagogisches Begleitprogramm wird das Thema »frühe Konzentrationslager« im Erinnerungsjahr 2023 weiter vertieft und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die Referierenden der Tagung »Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager« im September 2018 in Bad Urach (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Thomas Stein)

Die Mitglieder der AG Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager

Baden-Württemberg: Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Ulm), Lernort Kislau (Karlsruhe)

Bayern: KZ-Gedenkstätte Dachau

Berlin: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche, Stiftung Topographie des Terrors

Brandenburg: Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (Oranienburg)

Hamburg: Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel

Hessen: Gedenkstätte Breitenau (Guxhagen)

Niedersachsen: Gedenkstätte Esterwegen, KZ-Gedenkstätte Moringen

Rheinland-Pfalz: Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt/W., Gedenkstätte KZ Osthofen

Sachsen: Geschichtswerkstatt Sachsenburg (Frankenberg), Gedenkstätte Konzentrationslager Sachsenburg (Frankenberg)

Sachsen-Anhalt: Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Schleswig-Holstein: Gedenkstätte Ahrensböök

Dr. Nicola Wenge ist wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm und im Sprecherrat der LAGG Baden-Württemberg. Ausstellungen und Veröffentlichungen zu NS-Verfolgungsgeschichte, Struktur der Konzentrationslager, Widerstand, Antisemitismus und jüdische Geschichte, Erinnerungskultur.

Luisa Lehnen ist seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lernort Kislau e. V. und forscht und vermittelt zum frühen badischen Konzentrationslager Kislau bei Bruchsal.

Veranstungshinweise

Ausstellungen der Stiftung Topographie des Terrors

Berlin, 30. November 2022 bis 19. Februar 2023

Wechselausstellung: »Beate und Serge Klarsfeld. Der Kampf gegen das Vergessen«

(Eine Ausstellung des Mémorial de la Shoah, Paris)

Stiftung Topographie des Terrors, Niederkirchnerstr. 8, 10 963 Berlin

Telefon (030) 254509-50 | Fax (030) 25450-999

www.topographie.de | info@topographie.de

Berlin, 1. bis 28. März 2023

Wechselausstellung: »Auftakt des Terrors – Frühe Konzentrationslager im

Nationalsozialismus« (Eine Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager)

Berlin-Schöneeweide, 28. Oktober 2022 bis 31. Mai 2023

Sonderausstellung: »In den Händen des Feindes.

Französische Kriegsgefangene im Lager Lichtenfelde«

Ort: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit,

Zaun Britzer Straße, Britzer Straße 5, 12439 Berlin

Telefon (030) 6390288-0

www.ns-zwangsarbeit.de | schoeneweide@topographie.de

Veranstaltungen der Stiftung Topographie des Terrors

6. Dezember 2022 | 19 Uhr

»Beate und Serge Klarsfeld im Gespräch mit Dr. Andrea Riedle«

Begleitprogramm zur Wechselausstellung:

»Beate und Serge Klarsfeld. Der Kampf gegen das Vergessen«

weitere Veranstaltungen:

12. Januar 2022 | 19 Uhr

Buchpräsentation: »Verbotener Umgang mit »Fremdvölkischen«. Kriminalisierung und Verfolgungspraxis im Nationalsozialismus«

mit Dr. Insa Eschebach, Dr. Christine Glauning und Dr. Silke Schneider

14. Februar 2022 | 19 Uhr

Vortrag und Podiumsgespräch: »Jüdisches Leben in Stettin/Szczecin vor und nach dem Holocaust« mit Prof. Dr. Jörg Hackmann, Dr. habil. Eryk Krasucki und Róża Król

Bis auf Weiteres ist für die Teilnahme vor Ort im Auditorium eine Anmeldung unter veranstaltungen@topographie.de erforderlich. Mit der Teilnahmebestätigung wird über die aktuell gültigen Bestimmungen informiert.

Digitale erinnerungskulturelle Angebote der Stiftung im Internet

Bitte nutzen Sie auch unsere digitalen Angebote auf der Homepage. Hier können Sie ausgewählte Vorträge und Podiumsgespräche des vielseitigen Veranstaltungsprogramms der Stiftung nachhören oder streamen:

www.topographie.de/livestream | www.topographie.de/nc/veranstaltungen/archiv
www.topographie.de/digitale-angebote

»Filmbeiträge zum historischen Ort ›Topographie des Terrors«

Die Kurzfilme geben erste Einblicke in den historischen Ort und seine heutigen Spuren sowie die gewaltsame Errichtung des Terrorapparates 1933. Sie beschreiben Rolle und Aufgaben einzelner Institutionen und erläutern ihre Beteiligung an den europaweit begangenen NS-Verbrechen.

www.topographie.de/fuehrungen/filmbeitraege

Virtueller Rundgang durch die Sonderausstellung

»Das Reichsarbeitsministerium 1933–1945«

www.topographie.de/360

360° Rundgang durch Ausstellung »Ausgeschlossen.

Archäologie der NS-Zwangslager« des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit
www.ns-zwangsarbeit.de/ausgeschlossen

Blog: »Zu Ende, aber nicht vorbei. NS-Zwangslager in Berlin« des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit. www.zwangslager-berlin-1945.de

Digitale Ausstellung: »Der Mensch als Ware. Zwangsarbeit bei Siemens in Berlin« – Ein studentisches Ausstellungsprojekt vom Touro College und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. <https://siemens.ns-zwangsarbeit.de>

Ausstellungen

26. Juni 2022 bis 19. März 2023

Ausstellung: »Ausgestopfte Juden?« Geschichte, Gegenwart und Zukunft Jüdischer Museen«

Ort: Jüdisches Museum Hohenems, Schweizer Str. 5, 6845 Hohenems, Österreich

Telefon 0043 (0)5576 739890

www.jm-hohenems.at | office@jm-hohenems.at

7. Juli 2022 – 8. Januar 2023

Wechselausstellung: »Ende der Zeitzeugenschaft?«

Ort: Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28–30, 10117 Berlin

Telefon (030) 88028300

<https://centrumjudaicum.de> | office@centrumjudaicum.de

Ab Oktober 2022

Neue Dauerausstellung: »KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion«

Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte, Tor 1/Salzgitter AG,
Eisenhüttenstraße, 38 239 Salzgitter-Watenstedt | Telefon (05 341) 44581
www.gedenkstaette-salzgitter.de | info@gedenkstaette-salzgitter.de

9. Dezember 2022 bis 24. November 2024

Ausstellung »Roads not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können«

Ort: Deutsches Historisches Museum, Eingang Pei-Bau, Hinter dem Gießhaus 3,
10117 Berlin | Telefon (030) 20304-750
www.dhm.de/ausstellungen/ | info@dhm.de

Seminare, Tagungen, Einzelveranstaltungen

Frankfurt, 16. November 2022 | 18.15 Uhr

Vortrag: »Die strafrechtliche Verfolgung der Pogromtäter durch die Mainzer Nachkriegsjustiz«

Referent: Dr. Tillmann Krach

Ort: Goethe-Universität Frankfurt am Main, Campus Westend,
Norbert-Wollheim-Platz 1, Casino-Gebäude, Raum 1801

Veranstalter: Fritz Bauer Institut, Norbert-Wollheim-Platz 1, 60323 Frankfurt am Main
Telefon (069) 79832240 | www.fritz-bauer-institut.de | info@fritz-bauer-institut.de

Berlin, 17. Januar 2023 | 19 Uhr

Vortrag: »Die Blockade Leningrad in den Selbstzeugnissen der Familie Mojshe«

Referentinnen: Dr. Katja Makhotina und Margot Blank

Ort/Veranstalter: Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Straße 4, 10 318 Berlin
Telefon (030) 50 150 810

www.museum-karlshorst.de | kontakt@museum-karlshorst.de

Frankfurt, 27. Januar 2023 | 12 Uhr

Vortrag (Hybridveranstaltung): »30 Jahre Aufklärungsarbeit von Memorial. Was bleibt?«

Referentin: Prof. Dr. Irina Scherbakowa

Ort: Goethe-Universität Frankfurt am Main, Campus Westend, Norbert-Wollheim-
Platz 1, Casino-Gebäude, Raum 1801

Veranstalter: Fritz Bauer Institut, Norbert-Wollheim-Platz 1, 60323 Frankfurt am Main
Telefon (069) 79 832 240

www.fritz-bauer-institut.de | info@fritz-bauer-institut.de

Berlin, 30. Januar 2023 | 19 Uhr

Werkstattgespräch »Wer erzählt? Dokumente als Ersatz für Zeitzeugen«

Referent/innen: Dr. Irmgard Zündorf und Dr. Cord Pagenstecher

Ort: Berliner Geschichtswerkstatt, Goltzstraße 49, 10781 Berlin
Telefon (030) 2 154 450

www.berliner-geschichtswerkstatt.de | info@berliner-geschichtswerkstatt.de

Heidelberg, 30./31. März 2023

Symposium: »Status quo und quo vadis? Neue Forschungen zur Anerkennung und Wiedergutmachung von NS-Unrecht in vergleichender Perspektive«

Ort: Hochschule für jüdische Studien Heidelberg, Landfriedstraße 12, 69117 Heidelberg

Veranstalter: Forschungsstelle Antiziganismus am Historischen Seminar der Universität Heidelberg; Hochschule für jüdische Studien Heidelberg, Grabengasse 3–5
69117 Heidelberg | Telefon (06 221) 542280

www.uni-heidelberg.de | fsa-symposium@zegk.uni-heidelberg.de

Weitere digitale Angebote

»SPUR.lab« (Site Specific Augmented Storytelling lab)

Das Projekt erforscht die narrativen Möglichkeiten von interaktiven digitalen Technologien, insbesondere Augmented Reality. Prototypen für eine interaktive digitale Narrative und Vermittlungsformate der Zeitgeschichte sollen Gedenk- und Geschichtsorte in der Bewahrung und Vermittlung der Erinnerung unterstützen.

www.spurlab.de

»Gedächtnis aus den Quellen zur jüdischen Geschichte Berlins«

Der Podcast des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität und der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum zu Ehren von Hermann Simon verschreibt sich der Bedeutung von Quellennähe. Die Mitwirkenden stellen in ihren Erzählungen dabei Texte, Dokumente, Bilder oder Objekte in den Mittelpunkt.

<https://centrumjudaicum.de/2022/09/04/podcast-gedaechtnis-aus-den-quellen>

»Stadt Verhören«

Ein Hörspaziergang zur NS-Geschichte in Berlin-Steglitz informiert mobil abseits üblicher Wege an historischen Orten und ermöglicht eine Spurensuche mit dem Smartphone.

<https://guidemate.com/guides/61a091056bf84505e90b409e?selectedGuideLocale=de>

»Human Commodity – Ware Mensch«

Die interaktive App erzählt an 99 ausgewählten Orten in Berlin Geschichten von Zwangsarbeiter/innen. Ein musikalisch-dokumentarisches Memorial der Marc Sinan Company und des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit.

<https://human-commodity.de>

»gestern ist jetzt«

Der monatliche Podcast erzählt von der Suche nach Antworten darauf, wie sich unsere Großväter im Nationalsozialismus verhalten haben. Für Viele ist der Nationalsozialismus nicht mehr als Geschichte – und doch wirkt er bis heute weiter – im eigenen Leben, in den Familien – in der Gesellschaft.

<http://gesternistjetzt.de>

»Audiowalk. Ihr letzter Weg«

Dieser Audiowalk führt quer durch Berlin-Moabit. Vom Ort der einstigen Synagoge, die als Sammellager missbraucht wurde bis zum Güterbahnhof, von dem aus rund 30 000 Jüdinnen und Juden in die Konzentrationslager und Ghettos deportiert wurden. Er wurde von der Initiative »Ihr letzter Weg« und dem Verein »Sie waren Nachbarn« erstellt.

www.ihrletzterweg.de/audiowalk

Rechte Übergriffe auf Gedenkstätten

Ob Erinnerungstafeln, Gedenkorte, Stolpersteine oder KZ-Gedenkstätten – immer wieder werden Mahnmale geschändet und von Rechtsextremen für Auftritte missbraucht. Eine Chronologie des NDR, beginnend im Jahr 2016.

www.tagesschau.de/inland/uebergriffe-rechtsextreme-kz-gedenkstaetten-101.html

»Audiowalk. Das KZ Außenlager der Siebel-Flugzeugwerke«

Die Audiofiles laden Zuhörende dazu ein, mehr über die Geschichte der Siebel-Flugzeugwerke und der damit verbundenen Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Halle (Saale) zu erfahren. Auf etwa vier Kilometern führt er an insgesamt sieben Stationen durch die Stadtteile Frohe Zukunft und Mötzlich.

www.burg-halle.de/index.php?id=1617

Redaktionsschluss für Veranstaltungshinweise im GedenkstättenRundbrief Nr. 209/2023 ist der 15. Februar 2023. Hinweise werden berücksichtigt, sofern aus Platzgründen möglich. Eine wesentlich umfangreichere, kontinuierlich aktualisierte Übersicht über Veranstaltungen im Bereich der Gedenkstätten in Deutschland findet sich im Internet auf der Seite des GedenkstättenForums: www.gedenkstaettenforum.de

Literatur

- Aleksiu, Natalia; Tokarska-Bakir, Joanna (2022): Jewish Fugitives in the Polish Countryside, 1939–1945. Beyond the German Holocaust Project. Frankfurt a. M.: Peter Lang (Eastern European Culture, Politics and Societies, 18).
- Arendt, Hannah (2021): Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart. Vier Essays. Erweiterte Neuauflage. München: Piper.
- Asseburg, Muriel (2021): Palästina und die Palästinenser. Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart. Originalausgabe. München: C.H. Beck (C.H. Beck Paperback, 6062).
- Bald, Albrecht (2021): Die Formen antisemitischer Diskriminierung und Gewalt in Oberfranken 1918–1933. Bayreuth: Bumerang-Verlag (Bayreuther Rekonstruktionen, 6).
- Balint, Ruth (2021): Destination elsewhere. Displaced persons and their quest to leave postwar Europe. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Bar, Doron (2022): Yad Vashem. The challenge of shaping a holocaust remembrance site, 1942–1976. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Bartrop, Paul R. (Hg.) (Hg.) (2022): Routledge history of the Second World War. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (The Routledge histories).
- Batthyány, Alexander (2021): Viktor Frankl and the Shoah. Advancing the Debate. Cham: Springer International Publishing; Imprint: Springer (SpringerBriefs in Psychology).
- Baumgärtner, Katja S. (2022): Das Konzentrationslager Ravensbrück im Film. Gender, Imagination und Memorialisierung. Dissertation. Berlin: Metropol Verlag.
- Bayer, Natalie; Terkessidis, Mark (Hg.) (2022): Die postkoloniale Stadt lesen. Historische Erkundungen in Friedrichshain-Kreuzberg. 1. Auflage. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Beck, Hermann (2022): Before the Holocaust. Antisemitic violence and the reaction of German elites and institutions during the Nazi takeover. New York: Oxford University Press.
- Becker, Annette (2021): Messengers of disaster. Raphael Lemkin, Jan Karski, and twentieth-century genocides. Madison, Wisconsin: University of Wisconsin Press (George L. Mosse series in the history of European culture, sexuality, and ideas).
- Benda-Beckmann, Bas von (2021): Nach dem Tagebuch. Das Schicksal von Anne Frank und der anderen Untergetauchten aus dem Hinterhaus. 1. Auflage der deutschen Ausgabe. Zürich: Seccion Verlag für Literatur.
- Bendikowski, Tillmann (2022): Hitlerwetter. Das ganz normale Leben in der Diktatur. Die Deutschen und das Dritte Reich 1938/39. 2. Auflage. München: C. Bertelsmann.
- Bergbauer, Knut; Fröhlich, Sabine; Schüler-Springorum, Stefanie (2022): Hans Litten – Anwalt gegen Hitler. Eine Biographie. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Berger, Manfred (2021): Gertrud Feiertag und das Jüdische Landschulheim Caputh. Eine Dokumentation zur jüdischen Bildungs- und Erziehungsgeschichte in den Jahren 1931 bis 1938. 1. Auflage. Konstanz: Hartung-Gorre (Edition Schoah & Judaica).
- Berger, Stefan; Jäger, Wolfgang; Teichmann, Ulf (Hg.) (2022): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur? Bielefeld: transcript Verlag (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 197).
- Berkessel, Hans; Dold, Cornelia (Hg.) (2022): »Das Leben war draußen und ich war dort drinnen«. Zwangssterilisation und Ermordung im Rahmen der NS-Euthanasie und ihre Opfer in Mainz und Rheinhessen. Frankfurt: Wochenschau Verlag.
- Bertz, Inka; Lackmann, Thomas (Hg.) (2022): »Wir träumten von nichts als Aufklärung«. Moses Mendelssohn. Köln: Wienand.
- Biebricher, Thomas (2022): Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. Berlin: Matthes & Seitz Berlin.
- Biermanns, Nico (2022): Pathologen als Verfolgte des Nationalsozialismus. 100 Portraits. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Bilski, Li'orah; Weinke, Annette (Hg.) (2021): Jewish-European émigré lawyers. Twentieth century international humanitarian law as idea and profession. Göttingen: Wallstein Verlag (Schriftenreihe Menschenrechte im 20. Jahrhundert, 8).
- Blumenthal, Rachel (2021): Right to reparations. The Claims Conference and Holocaust survivors, 1951–1964. Lanham, Boulder, New York, London: Lexington Books.
- Böckmann, Clemens; Spohr, Johannes (Hg.) (2022): Phantastische Gesellschaft. Gespräche über falsche und imaginierte Familiengeschichten zur NS-Verfolgung. Berlin: Neofelis.
- Bökel, Gerhard (2022): Bordeaux und die Aquitaine im Zweiten Weltkrieg. Nazi-Besatzung und Kollaboration, Widerstand der Résistance und bundesdeutsche Nachkriegskarrieren. Frankfurt am Main: Brandes et Apsel.
- Boulanger, Roger (2021): Un fétu de paille dans les bourrasques de l'histoire. Les tribulations d'un jeune Lorrain pendant la Seconde guerre mondiale. Paris: Éditions Tirésias-Michel

- Reynaud (Collection Natzweiler-Struthof, l'histoire et ses témoins).
- Boyd, Julia (2022): *A Village in the Third Reich. How ordinary lives were transformed by the rise of Fascism.* London, UK: Elliott & Thompson.
- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hg.) (2022): *Der »Auftrag Speer« der Staatlichen Bildstelle Berlin. Zur wissenschaftlichen Erschließung eines fotografischen Bestandes im Messbildarchiv des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums.* Berlin: Lukas Verlag (Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, 60).
- Bräu, Ramona (2022): *Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besetzung (1939–1945).* Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, 4).
- Breil, Reinhold; Bremen, Christian; Dauermann, Kerstin (Hg.) (Hg.) (2021): *We, the six million. The reparation-files of Shoa victims.* 1. Auflage. Aachen: edition aixact »Zeitgeschehen« (Zukunft gestalten – Geschichte im Blick, 5).
- Brown, Sara E.; Smith, Stephen D. (Hg.) (Hg.) (2022): *The Routledge handbook of religion, mass atrocity, and genocide.* Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group.
- Bucher, Martin J. (2021): *Führer, wir stehen zu dir! Die Reichsdeutsche Jugend in der Schweiz, 1931–1945.* [Zürich]: Chronos Verlag.
- Bulgin, James (2021): *The Holocaust.* London: IWM, Imperial War Museums.
- Caplan, Marc (2021): *Yiddish writers in Weimar Berlin. A fugitive modernism.* Bloomington, Indiana, USA: Indiana University Press (German Jewish cultures).
- Cavaljeti-Richter, Mirano (2022): *Auf der Flucht über den Balkan. Die Kindheitserlebnisse eines Sinto-Jungen während der NS-Zeit.* Berlin: Metropol Verlag (Bibliothek der Erinnerung, 25).
- Crowe, David M. (Hg.) (2021): *Stalins Soviet justice. »Show« trials, war crimes trials, and Nuremberg.* London, New York, Oxford, New Delhi, Sydney: Bloomsbury Academic.
- Dalinger, Brigitte (2022): *»Man bewilligte uns sogar einige Spiele«. Künstlerische Aktivitäten unter dem Zwang der NS-Herrschaft in Österreich.* Wien: Mandelbaum Verlag.
- Defla, Adrian Dragoş (2021): *The 12th SS Panzer Division »Hitlerjugend«.* Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing.
- Demsky, Jeffrey (2021): *Nazi and Holocaust Representations in Anglo-American Popular Culture, 1945–2020. Irreverent Remembrance.* 1st ed. Cham: Palgrave Macmillan (Palgrave Studies in Cultural Heritage and Conflict).
- Derichs, Dana (2022): *Die Medizinstudentinnen der Universität Erlangen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus.* Berlin: Peter Lang GmbH (Medizingeschichte im Kontext, 23).
- Derin, Benjamin; Singelstein, Tobias (2022): *Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation.* Berlin: Econ.
- Deutsches Historisches Museum (Hg.) (2022): *Richard Wagner und das deutsche Gefühl.* Berlin: Deutsches Historisches Museum, Darmstadt: wbg Theiss.
- Diener, Eveline (2021): *Das Bayerische Landeskriminalamt und seine »Zigeunerpolizei« (1946 bis 1965). Kontinuitäten und Diskontinuitäten der bayerischen »Zigeunerermittlung« im 20. Jahrhundert.* Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, Prof. Dr. Clemens Lorei (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V, 25).
- Dietz, Dirk E. (2022): *»Der Todestango«. Ursprung und Entstehung einer Legende.* Bielefeld: transcript Verlag (Histoire, 203).
- Dolff, Christian-Matthias; Gehrke, Julia; Studt, Christoph (Hg.) (2021): *»Mit jedem Leben, das wir retteten, bekämpften wir Hitler!«. Jüdischer Widerstand und der Widerstand und die Juden.* Tagungsband zur XXXI. Königswinterer Tagung. Augsburg: Wißner-Verlag (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V, 26).
- Dubslaff, Valérie (2022): *»Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964–2020.* Berlin: De Gruyter Oldenbourg (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 131).
- Düwel, Jörn; Gutschow, Niels (2021): *Friedrich Tamms. Architektur und Städtebau 1933–1973. Gewissheiten und Gesetzmäßigkeiten.* Berlin: DOM publishers (Grundlagen/Basics, 142).
- Einwohner, Rachel L. (2022): *Hope and honor. Jewish resistance during the Holocaust.* New York, NY: Oxford University Press.
- Eminger, Stefan; Langthaler, Ernst; Mulley, Klaus-Dieter (2021): *Nationalsozialismus in Niederösterreich. Opfer – Täter – Gegner.* Innsbruck: Studien Verlag (Nationalsozialismus in den österreichischen Bundesländern, 9).
- Enderle-Burcel, Gertrude; Kriechbaumer, Robert (Hg.) (2022): *Heinrich Wildner Tagebücher 1938–1944. »Heute geht es gegen die Juden, morgen kann es gegen die anderen gehen ...«.* Wien: Böhlau Verlag (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, 83).
- Engelsing, Tobias (2022): *Kein Mensch, der sich für normale Zeiten eignet. Mein Vater zwischen NS-Film und Widerstand.* Berlin: Propyläen.
- Exeler, Franziska (2022): *Ghosts of war. Nazi occupation and its aftermath in Soviet Belarus.* Ithaca, London: Cornell University Press.

- Faure, Ulrich; Graf, Peter (Hg.) (2022): Exil! Literarische Wortmeldungen aus deutschsprachigen Zeitschriften 1933–1945. 3 Bände. Darmstadt: wbg Theiss in Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG).
- Fikus, Sebastian; Klimaschka, Natalia (2021): Hans Lukaschek. Das Fiasko der idealistischen Hoffnungen. Warszawa, Opole: Wydawnictwo Neriton; Eichendorff – Konversatorium Opole (Joseph von Eichendorff Konversatorium, 83).
- Flasch, Kurt (2021): Katholische Wegbereiter des Nationalsozialismus. Michael Schmaus, Joseph Lortz, Josef Pieper. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Föllmer, Moritz; Swett, Pamela E. (Hg.) (2022): Reshaping capitalism in Weimar and Nazi Germany. Washington, Cambridge: Cambridge University Press (Publications of the German Historical Institute).
- Fox, Thomas C. (2022): In the shadow of the Holocaust. Jewish-Communist writers in East Germany. Rochester, New York: Camden House (Dialogue and disjunction).
- Frizske, Andrzej; Dudek, Antoni; Wiaderny, Bernard (Hg.) (2022): Geschichte Polens 1939–2015. Paderborn: Brill | Schöningh.
- Graif, Gid'on (2022): Im Zentrum der »Endlösung«. Alltag in der Todesfabrik Auschwitz. Tübingen: TOS Verlag.
- Grünfeld, Walter (2021): »Wir waren zunächst mal froh, dass wir noch lebten«. Die Erinnerungen Walter Grünfelds an seine Kindheit und Jugend in Mainz. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag (Erinnerungskultur und Demokratie, 1).
- Haas, Georg Friedrich (2022): Durch vergiftete Zeiten. Memoiren eines Nazibuben. Wien: Böhlau Verlag.
- Hachenburg, Max (2022): Wie eine Riesenwoge rauscht das Schicksal auf uns zu. Kolumnen in der Deutschen Juristen-Zeitung 1918–1933. Berlin: Verlag Das Kulturelle Gedächtnis.
- Hafenecker, Benno; Jestädt, Hannah; Schwerthelm, Moritz; Schuhmacher, Nils; Zimmermann, Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag.
- Hainzl, Christina; Grimm, Marc (Hg.) (2022): Antisemitismus in Österreich nach 1945. Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Halbrainer, Heimo; Korbel, Susanne; Lamprecht, Gerald (2022): Der »schwierige« Umgang mit dem Nationalsozialismus an österreichischen Universitäten. Die Karl-Franzens-Universität Graz im Vergleich. Graz: CLIO.
- Hamann, Sven; Hanisch, Manfred; Hering, Rainer (2022): »Jeder Käufer sucht möglichst günstig zu kaufen«. Raub, Rückerstattung und Entschädigung jüdischen Eigentums in Schleswig-Holstein. Kiel, Hamburg: Wachholtz.
- Hänschen, Steffen; Kahrs, Andreas (Hg.) (2022): »Aktion Erntefest«. Berichte und Zeugnisse Überlebender. Berlin: Metropol Verlag.
- Harrisville, David A. (2021): The virtuous Wehrmacht. Crafting the myth of the German soldier on the Eastern Front, 1941–1944. Ithaca, London: Cornell University Press (Battle-grounds: Cornell studies in military history).
- Harward, Grant T. (2021): Romania's holy war. Soldiers, motivation, and the Holocaust. Ithaca [New York]: Cornell University Press (Battle-grounds: Cornell studies in military history).
- Heimann-Jelinek, Felicitas; Sulzenbacher, Hannes (Hg.) (2022): »Ausgestopfte Juden?«. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Jüdischen Museen. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Hemetsberger, Bernhard; Jacob, Frank; Engelmann, Sebastian (Hg.) (2022): War and Education. The Pedagogical Preparation for Collective Mass Violence. Paderborn: Brill | Schöningh.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hg.) (2022): Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer. 2 Bände. Berlin: Ch. Links Verlag (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Deutschen Nachrichtendienstes 1945–1968, 14).
- Henschel, Christhardt (Hg.) (Hg.) (2021): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939–1945. Osnabrück: fibre (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 42).
- Herrn, Rainer (2022): Der Liebe und dem Leid. Das Institut für Sexualwissenschaft 1919–1933. Berlin: Suhrkamp.
- Heuman, Johannes; Rudberg, Pontus (2021): Early holocaust memory in Sweden. Archives, testimonies and reflections. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan (The Holocaust and its contexts).
- Hodge, Carl Cavanagh (2021): Political and military leadership in the World Wars. The closest concert. New York, London: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge studies in modern history).
- Homberger, Torsten (2021): The honor dress of the movement. A cultural history of Hitler's brown shirt uniform, 1920–1933. Amherst, Boston: University of Massachusetts Press.
- Hopfinger, Maryla; Żukowski, Tomasz (2021): The Holocaust Bystander in Polish Culture, 1942–2015. The Story of Innocence. Cham: Palgrave Macmillan (Palgrave Studies in Cultural Heritage and Conflict).
- Höttemann, Michael (2022): Verdrängter Antisemitismus. Eine empirisch fundierte Entwicklung des Begriffs der Abwehr als soziale Handlung. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hughes, Michael (2022): The anarchy of Nazi memorabilia. From things of tyranny to troubled treasure. London, New York: Routledge

- Taylor & Francis Group (Material culture and modern conflict).
- Jablkowska, Joanna; Fischer, Saskia; Gronich, Mareike; Bednarska-Kociolek, Joanna (Hg.) (2021): Lagerliteratur. Schreibweisen – Zeugnisse – Didaktik. Frankfurt a.M.: Peter Lang (Lodzer Arbeiten zur Literatur- und Kulturwissenschaft, 15).
- Jacob, Frank (2022): Ernst Papanek and Jewish Refugee Children. Genocide and Displacement. München, Wien: De Gruyter Oldenbourg (Genocide and Mass Violence in the Age of Extremes, 4).
- Jäger, Lucinda (2022): Alltag und Kriegserfahrung. Irmgard Buschs Briefe aus der NS-Musterstadt. Erstausgabe. Hannover: ecrivir.
- Jähner, Harald (2022): Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen. Berlin: Rowohlt.
- Jones, Mark (2022): 1923. Ein deutsches Trauma. Berlin: Propyläen.
- Kaplan, Marion A.; Kurz, Felix; Fastner, Daniel (2022): Transit Portugal. Jüdischer Flüchtlingsalltag im Exil 1940–1945. Göttingen: Wallstein Verlag (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 56).
- Käppler, Joachim (2022): Soldaten im Widerstand. Die Strafdivision 999. 1942 bis 1945. München: Piper.
- Katková, Edita; Wiehn, Erhard R.; Chabr, Pavel (2021): Schauerhafte Erinnerungen. Von Prag durch Theresienstadt über Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück, Beendorf und Wandsbek nach Schweden in die Freiheit. Konstanz: Hartung-Gorre (Edition Schoah & Judaica/Erhard Roy Wiehn).
- Kay, Alex J. (2021): Empire of destruction. A history of Nazi mass killing. New Haven, London: Yale University Press.
- Klause, Inna (2021): »Und alles mit Musikbegleitung«. Musikausübung im Gulag und in den nationalsozialistischen KZ im Vergleich. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Jüdische Musik, 19).
- Kochanski, Halik (2022): Resistance. The underground war in Europe, 1939–1945. Dublin: Allen Lane.
- Kotowski, Elke-Vera (Hg.) (2022): Dynamiken des Erinnerns. Der Zukunft ein Gedächtnis geben. Festschrift zum 80. Geburtstag von Julius H. Schoeps. 1. Auflage. Berlin, Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Kranz, Tomasz (Hg.) (2021): SS-Sonderkommando Sobibor. Das deutsche Vernichtungslager 1942–1943. Katalog zur Dauerausstellung. Lublin: Państwowe Muzeum na Majdanku.
- Kuklińska, Soraya (2021): Oskar Dirlwanger. SS-Sonderkommando »Dirlwanger«. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej – Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu (Terror okupacyjny 1939–1945).
- Lahusen, Benjamin (2022): »Der Dienstbetrieb ist nicht gestört«. Die Deutschen und ihre Justiz 1943–1948. München: C.H. Beck.
- Lange, Marius (2022): Stellt die Pfaffen an die Wand. Die Österreichische Legion im Münsterland 1935–1938. Münster: Aschendorff.
- Lelle, Nikolas (2022): Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Loch, Thorsten (2021): Deutsche Generale 1945–1990. Profession – Karriere – Herkunft. Berlin: Ch. Links Verlag (Deutsch-deutsche Militärgeschichte, 2).
- Manthey, Elvira (2021): Die Hempelsche. Das Schicksal eines deutschen Kindes, das 1940 vor der Gaskammer umkehren durfte. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag.
- Margulies, Moritz (2022): Eine Kunde meiner Existenz. Briefe eines Widerstandskämpfers. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Marvano (2021): The Jewish Brigade. Unter Mitarbeit von Bérengère Marquereucq. Annapolis, Maryland: Dead Reckoning.
- Meyer, Katharina (2021): Erinnern müssen und Vergessen dürfen. Der Nationalsozialismus aus der Perspektive Jugendlicher über 70 Jahre danach. Wiesbaden: Springer VS. Michalczyk, John J.; Bryant, Michael S.; Michalczyk, Susan A. (Hg.) (2022): Hitlers »Mein Kampf« and the Holocaust. A prelude to genocide. London, New York, Oxford, New Delhi, Sydney: Bloomsbury Academic (Perspectives on the Holocaust).
- Mielke, Siegfried (Hg.) (2022): Gewerkschafterinnen im NS-Staat. Biografisches Handbuch, Band 2. Berlin: Metropol Verlag (Gewerkschafter im Nationalsozialismus, 10).
- Millan, Matteo (2022): The blackshirts' dictatorship. Armed squads, political violence, and the consolidation of Mussolini's regime. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge studies in fascism and the far right).
- Mitter, Hubert (2021): Tatort »Endlösung«. Fließbandgesteuerte Menschenentsorgung. Von den Tötungsanstalten der Euthanasie (»Aktion T4«) zu den Vernichtungslagern des Holocaust (»Aktion Reinhard«). Baden bei Wien: increase verlag.
- Müller, Klaus; Kirchberg, Christopher (Hg.) (2022): Verschwörungstheorien. Berlin: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
- Neuhof, Karl (2022): »Ich kämpfe gegen alles, was mich niederdrücken will«. Das Tagebuch des jüdisch-kommunistischen Widerstandskämpfers Karl Neuhof und der Briefwechsel seiner Familie. Berlin: Metropol Verlag (Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, 30).
- Neumann-Thein, Philipp; Schuch, Daniel; Wegewitz, Markus; Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora; Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau (Hg.)

- (2022): Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen: Wallstein Verlag (Buchenwald und Mittelbau-Dora – Forschungen und Reflexionen, 3).
- Núñez Seixas, Xosé M. (2021): Sites of the dictators. Memories of authoritarian Europe, 1945–2020. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Oldfield, Sybil (2022): The black book. The Britons on the Nazi hitlist. London: Profile Books.
- Osterloh, Jörg; Schulte, Jan Erik; Steinbacher, Sybille (Hg.) (2022): »Euthanasie«-Verbrechen im besetzten Europa. Zur Dimension des nationalsozialistischen Massenmords. Göttingen: Wallstein Verlag (Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, 6).
- Paasche, Gottfried (2022): Hammersteins Töchter. Eine Adelsfamilie zwischen Tradition und Widerstand. Berlin: Metropol Verlag.
- Palmer, Jack Dominic; Brzeziński, Dariusz (Hg.) (2022): Revisiting modernity and the Holocaust. Heritage, dilemmas, extensions. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group (Classical and contemporary social theory).
- Pampel, Bert (2021): Warum wir nicht aus der Geschichte lernen. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Pastor, Doreen (2022): Tourism and memory. Visitor experiences of the Nazi and GDR past. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge Studies in Second World War History).
- Patterson, David (2022): Shoah and Torah. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge Studies in Second World War History).
- Pecher, André (2021): Friedrich Oskar Ruge. Lebenswelt, Rolle und Selbstverständnis eines Marineoffiziers von (1914 bis 1945). Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Zeitalter der Weltkriege, 22).
- Penter, Tanja; Schneider, Stefan (Hg.) (Hg.) (2022): Olgas Tagebuch (1941–1944). Unerwartete Zeugnisse einer jungen Ukrainerin inmitten des Vernichtungskriegs. Köln: Böhlau.
- Pettinger, Jürgen (2021): Franz. Schwul unterm Hakenkreuz. Wien: K&S, Kremayr & Scheriau.
- Pick, Bianca Patricia (2022): Distanz in der Literatur von Überlebenden der Shoah. Jean Améry, Albert Drach, Edgar Hilsenrath, Imre Kertész, Ruth Klüger. Bielefeld: transcript Verlag (Praktiken der Subjektivierung, 25).
- Pröse, Tim (2022): Hans-Erdmann Schönbeck: »... und nie kann ich vergessen«. Ein Stalingrad-Überlebender erzählt von Krieg, Widerstand – und dem Wunder, 100 Jahre zu leben. Originalausgabe. München: Heyne.
- Proske, Wolfgang (Hg.) (2021): NS-Belastete aus dem Allgäu. 2. Auflage. Gerstetten: Kugelberg Verlag (Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, 12).
- Proske, Wolfgang (Hg.) (Hg.) (2022): NS-Belastete aus Niederbayern. 1. Auflage. Gerstetten: Kugelberg Verlag (Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, 13).
- Rauschenberger, Joey (2021): Die NSDAP in Heidelberg. Organisation und Personal im »Dritten Reich«. Heidelberg: Mattes Verlag (Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte, 2).
- Rey, Manfred van (2021): Bonn in bitteren Zeiten. 1933–1945. 1. Auflage. Bonn: Kid Verlag.
- Rieber, Alfred J. (2022): Storms over the Balkans during the Second World War. Oxford: Oxford University Press.
- Rohr, Susanne (2021): Von Grauen und Glamour. Repräsentationen des Holocaust in den USA und Deutschland. Heidelberg: Universitätsverlag Winter (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, 409).
- Rohmoser, Richard (2022): Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung: von den 1920er Jahren bis heute. Originalausgabe. München: C.H. Beck (C.H. Beck Paperback, 6414).
- Roth, Karl Heinz; Rübner, Hartmut (2022): Repressed, remitted, rejected. German reparations debts to Poland and Greece. New York, Oxford: Berghahn.
- Ruff, Mark Edward (2022): Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Erinnerungspolitik und historische Kontroversen in der Bundesrepublik 1945–1980. Paderborn: Brill Schöningh.
- Runde, Ingo; Scherer, Matthias (Hg.) (2022): Emil Julius Gumbel. Mathematiker – Publizist – Pazifist: Beiträge zur Tagung im Universitätsarchiv Heidelberg am 22. Juli 2019. Heidelberg: Universitätsverlag Winter (Heidelberger Schriften zur Universitätsgeschichte, Band 10).
- Sälter, Gerhard (2022): NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzungen. Berlin: Ch. Links Verlag (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, 15).
- Saltiel, Leon (Hg.) (2021): Do not forget me. Three Jewish mothers write to their sons from the Thessaloniki ghetto. New York, Oxford: Berghahn (War and genocide, 32).
- Scheicher, Mathias (2021): »Like=Remember«. Online-Erinnerungskulturen an die Shoah. (Re-)Konfigurationen von Erinnerung und Vergessen durch Medienpraktiken. 2021. Wiesbaden: Springer VS (Neue Perspektiven der Medienästhetik).
- Schindler, Meriel (2022): Café Schindler. Meine jüdische Familie, zwei Kriege und die Suche nach Wahrheit. Berlin: Berlin Verlag.
- Schmitt, Michael (Hg.) (2022): Antisemitismus in der Akademie. Otto Meyerhof – Ein Forscherleben zwischen Ruhm und Vertreibung. Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Schroeder, Klaus-Peter (2021): Die Universität Heidelberg auf dem Weg in das »Dritte Reich«.

- Arnold Paul Ruge, Philipp Lenard – Emil Julius Gumbel. Heidelberg: Universitätsbibliothek Heidelberg.
- Schuppener, Georg (2022): *The Germanic tribes, the Gods and the German far right today*. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge studies in fascism and the far right).
- Schwarz, Karl (2021): »Wie verzerrt ist nun alles!«. Die Evangelisch-Theologische Fakultät in Wien in der NS-Ära. Wien: new academic press.
- Seghers, Anna (2022): *Und habt ihr denn etwa keine Träume. Erzählungen*. Berlin: Aufbau.
- Seitsonen, Oula (2021): *Archaeologies of Hitler's Arctic War. Heritage of the Second World War German military presence in Finnish Lapland*. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Sieburg, Friedrich (2022): *Die Fliege im Bernstein. Tagebuch vom November 1944 bis zum Mai 1945*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Sieg, Ulrich (2022): *Vom Ressentiment zum Fanatismus. Zur Ideengeschichte des modernen Antisemitismus*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- Sokolowsky, Laura (2022): *Psychoanalysis under Nazi occupation. The origins, impact and influence of the Berlin institute*. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge Taylor & Francis Group (Lines of the symbolic in psychoanalysis).
- Sombart, Nicolaus (2021): *Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt – ein deutscher Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatsmythos*. Düsseldorf: C.W. Leske Verlag.
- Spehr, Christopher; Oelke, Harry (Hg.) (2021): *Das Eisenacher »Entjüdungsinstitut«. Kirche und Antisemitismus in der NS-Zeit*. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B, Darstellungen, 82).
- Stampfer, Friedrich (2022): *Der Kampf um Deutschland. Exilschrift zu »Weimar« und der NS-Katastrophe*. Berlin: Metropol Verlag (Historische Demokratieforschung, 21).
- Stehle, Jan (2021): *Der Fall Colonia Dignidad. Zum Umgang bundesdeutscher Außenpolitik und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen 1961–2020*. Bielefeld: transcript Verlag (Edition Politik, 125).
- Stengel, Katharina (2022): *Die Überlebenden vor Gericht. Auschwitz-Häftlinge als Zeugen in NS-Prozessen (1950–1976)*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Dubnow-Instituts, 34).
- Stresau, Hermann: *Von den Nazis trennt mich eine Welt. Tagebücher aus der inneren Emigration 1933–1939*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Strobl, Natascha (2021): *Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse*. Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Timpe, Julia; Buda, Frederike (Hg.) (2022): *Writing the digital history of Nazi Germany. Potentialities and challenges of digitally researching and presenting the history of the Third Reich, World War II, and the Holocaust*. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Tomkiewicz, Monika (2022): *Zbrodnia Ponarska 1941–1944. Wydanie drugie poprawione i uzupełnione*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej (Monografie/Instytut Pamięci Narodowej. Komisja Ścigania Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu, 173).
- Trachtenberg, Barry (2022): *The Holocaust & the exile of Yiddish. A history of the Algemeyne Entsiklopedye*. New Brunswick, New Jersey, Camden, New Jersey, Newark, New Jersey, London: Rutgers University Press.
- Trigg, Jonathan (2021): *Voices of the Flemish Waffen-SS. The final testament of the Oostfronters*. Stroud: Amberley.
- Tyas, Stephen (2022): *RSHA. Reich Security Main Office. Organisation, Activities, Personnel*. Stroud: Fonthill.
- Uhl, Heidemarie; Hufschmied, Richard; Binder, Dieter A. (Hg.) (2021): *Gedächtnisort der Republik. Das Österreichische Heldendenkmal im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg. Geschichte, Kontroversen, Perspektiven*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.
- Ullrich, Volker (2022): *Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund*. München: C.H. Beck.
- Weizman, Yechiel (2022): *Unsettled heritage. Living next to Poland's material Jewish traces after the Holocaust*. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Verein Gedenkdienst (Hg.) (2021): *Orientierungen, Irritationen. Studienfahrten an Erinnerungsorte der NS-Verbrechen*. Wien, Zürich: Lit-Verlag (Geschichte des Holocaust, Band 9).
- Vogel, Thomas (2021): *Der Zweite Weltkrieg in Italien 1943–1945*. Ditzingen: Reclam (Kriege der Moderne).
- Voigt, Wolfgang; Frank, Hartmut; Schmitthenner, Paul (Hg.) (2021): *Paul Schmitthenner. Architekt der gebauten Form*. Ernst Wasmuth Verlag GmbH & Co. Ergänztes und verbessertes Neuaufgabe der Erstausgabe von 2003. Berlin: Wasmuth & Zohlen.
- Völker, Wolfgang; Duwendag, Hans-Ulrich (2022): *Lengerich unterm Hakenkreuz. Propagandaveranstaltungen und Festumzüge 1933*. Münster: agenda.
- Walden, Victoria Grace (2021): *Digital Holocaust Memory, Education and Research*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Weintraub, Leon; Jaros, Magda (2022): *Die Versöhnung mit dem Bösen. Geschichte eines Weiterlebens*. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Weiß, Arnold; Michelsen, Jakob; Terfloth, Moritz; Weinrich, Boris (2022): *Zwei Welten. Sinti und Roma – Schritte zur Anerkennung als NS-Ver-*

- folgte und antiziganistische Kontinuität. Berlin: Metropol Verlag.
- Wenrich, Rainer u.a. (Hg.) (2021): Zeitgeschichte im Museum. Das 20. und 21. Jahrhundert ausstellen und vermitteln. München: kopaed (Kommunikation, Interaktion, Partizipation, 4).
- Werner, Oliver (2022): Wissenschaft »in jedem Gewand«? Von der »Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung« zur »Akademie für Raumforschung und Landesplanung« 1935 bis 1955. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Wiese, Christian; Vogt, Stefan; Kiesel, Doron; Schneider-Ludorff, Gury (Hg.) (2021): Die Zukunft der Erinnerung. Perspektiven des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Shoah. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Winstone, Martin (2021): The dark heart of Hitler's Europe. Nazi rule in Poland under the General Government. London: Bloomsbury Academic.
- Wittenberger, Gerhard (2022): Aufstieg und Scheitern des Militärpsychologen Max Simoneit im Dritten Reich und in der Bundesrepublik Deutschland. Psychodynamisch-biografische Studie. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Wohnig, Alexander; Zorn, Peter (Hg.) (2022): Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 10 592).
- Wójcik, Bartosz (2021): Vernichtungsaltag. Die deutsche Ordnungspolizei in den annektierten polnischen Gebieten 1939–1945: Fallstudie Łódź/Litzmannstadt. Hamburg: Verlag Dr. Kovač (Schriftenreihe Studien zur Geschichte des Nationalsozialismus, 5).
- Woltmann, Gertrud (2022): Meine Lieben daheim! Briefe aus Paris 1940–1944. Berlin: Lukas Verlag.
- Wrochem, Oliver von (Hg.) (2022): Deportationen dokumentieren und ausstellen. Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos. Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Berlin: Metropol Verlag (Reihe Neuengammer Kolloquien, 8).
- Wyka, Kazimierz (2022): Das Leben als ob. Aufzeichnungen aus dem besetzten Polen. Aus dem Polnischen von Lothar Quinkenstein. 2022. Auflage. Paderborn: Brill | Schöningh.
- Yelin, Barbara; Libicki, Miriam; Sliqter, Gillad (2022): Aber ich lebe. Vier Kinder überleben den Holocaust: nach den Erinnerungen von Emmie Arbel, David Schaffer, Nico Kamp und Rolf Kamp. München: C.H. Beck.

Erwiderung zum Artikel im GedenkstättenRundbrief 207

»HISTORISCHE FAKTEN STATT KLISCHEES ...«
VON CORNELIA FRENKEL-LE CHUITON

Christoph Kreuzmüller

Am Ende ihres Beitrages »Historische Fakten statt Klischees. Neue Studie zu den Schicksalen jüdischer Personen, die im Zuge der Wagner-Bürckel-Aktion im Oktober 1940 aus Südwestdeutschland nach Frankreich verschleppt wurden« wendet sich Cornelia Frenkel-Le Chuiton recht unvermittelt der Ausstellung »Gurs 1940« zu und wirft dieser vor, »zentrale Tatsachen aus[zu]klammern«. Insbesondere scheint ihr die Darstellung französischer Instanzen allzu einseitig zu sein. Als Kurator der Ausstellung möchte ich dieser Behauptung entgegentreten. Natürlich habe ich mich zusammen mit französischen Kolleginnen und Kollegen bemüht, zu einem ausgewogenen Bild zu kommen, das den neuesten Stand der Forschung abbildet.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Tatsache ist, dass die Zahl der (noch zu ermordenden) Jüdinnen und Juden in Frankreich im Protokoll der Wannsee-Konferenz auf einem von französischen Behörden durchgeführten Zensus basiert. Das zu verschweigen wäre nicht nur Geschichtsklitterung, sondern schlicht eine Dummheit, weil es Raum für wichtige Fragen eröffnet. Dies wird auch in Frankreich so gesehen. Die Botschafterin Anne-Marie Descôtes jedenfalls hat die Ausstellung anlässlich der Eröffnung in der französischen Botschaft im April 2021 als Vorbild für deutsch-französische Zusammenarbeit in der Erinnerung bezeichnet. Zudem ist »Gurs 1940« bislang nicht nur an 29 Orten in Deutschland, sondern auch an fünf Orten in Frankreich – im Maison d’Izieu wie auch im Mémorial de la Shoah – gezeigt worden.

Bitte machen Sie sich selbst ein Bild: www.gurs1940.de

Dr. Christoph Kreuzmüller ist Mitarbeiter der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin und Kurator der genannten Ausstellung.

Gedenkstätten im Internet

GedenkstättenForum ■ www.gedenkstaettenforum.de

Seit 2002 ist das GedenkstättenForum im Internet. Das von der Stiftung Topographie des Terrors konzipierte Online-Forum wurde auf die speziellen Bedürfnisse der Gedenkstätten zugeschnitten und dient als interaktive Kommunikationsplattform mit werktäglicher Presseschau, Veranstaltungshinweisen, Hinweisen auf und Besprechungen von Publikationen, Beiträgen des GedenkstättenRundbriefs, Projekthinweisen, PublicNewsgroup, Stellenanzeigen, Linksammlung.

Internationale Gedenkstättenübersicht ■ www.gedenkstaetten-uebersicht.de

Eine weltweite Gedenkstättenübersicht der bedeutendsten Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen, die sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dem Gedenken an die Opfer beschäftigen, erweitert die seit fünf Jahren zu Deutschland bestehende Übersicht. Dieser bisher einzigartige Überblick ist nach Kontinenten und Ländern sowie inhaltlichen Kriterien sortiert.

Die Einzeldarstellungen der Gedenkstätten bieten kurze historische Informationen zu den jeweiligen Orten, eine Beschreibung der Tätigkeiten der Einrichtungen, Links zu den Homepages, Anfahrtshinweise sowie Adressen. Neben diesen Darstellungen werden auch die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen der internationalen Erinnerungsorte sichtbar. Die internationale Gedenkstättenübersicht der Stiftung Topographie des Terrors bietet grundlegende Informationen und stellt die Basis für eine weltweite Vernetzung der Gedenkorte dar. Die englische Sprachfassung ist direkt zu finden unter www.memorial-museums.net.

Stiftung Topographie des Terrors ■ www.topographie.de

Die Webseite der Stiftung Topographie des Terrors bietet historische Informationen zu den Zentralen des NS-Terrors auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« in Berlin sowie zur Entwicklung der Stiftung und zum Dokumentationszentrum. Darüber hinaus bietet die Homepage Hinweise zu Veranstaltungen, Sonderausstellungen, Publikationen, pädagogische Angebote und ein Ausstellungstagebuch. Die Beiträge sind in Deutsch und Englisch verfügbar. Auf der Webseite finden sich zudem Informationen zum Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide, das seit 2006 von der Stiftung Topographie des Terrors betreut wird.

Das GedenkstättenForum auf Facebook: [@gedenkstaettenforum](https://www.facebook.com/gedenkstaettenforum)

Auf Facebook verweist das GedenkstättenForum werktäglich auf Beiträge aus der Presseschau sowie auf Veranstaltungen der Gedenkstätten. Es bildet hiermit die Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland und international ab und fördert die Sichtbarkeit der einzelnen Einrichtungen. Daneben ist es das Sprachrohr des Gedenkstättenreferates der Stiftung Topographie des Terrors.

Herausgeber:
Stiftung Topographie des Terrors
Niederkirchnerstraße 8
10963 Berlin
Telefon (030) 254509-15
lutz@topographie.de
www.topographie.de



Redaktion: Dr. Thomas Lutz
Gestaltung: Kurt Blank-Markard
Druck: Druckteam Berlin
Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste e.V., Berlin

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Senatsverwaltung
für Kultur und Europa

be  **Berlin**